



Kompetenz und
Innovationskraft im
Wertpapierhandel



SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

GESCHÄFTSBERICHT 2011

>> SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG AUF EINEN BLICK

Entwicklung wichtiger Kennzahlen im Drei-Jahres-Überblick:

Geschäftsjahr		2011	2010	2009
Bilanzsumme	TEuro	15.227	14.168	10.091
Grundkapital zum 31.12.	TEuro	2.802	2.802	2.802
Eigenmittel nach § 10 KWG*	TEuro	6.694	6.990	5.352
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	TEuro	3	398	478
Jahresüberschuss	TEuro	0	266	503
Jahresüberschuss pro Aktie	Euro	0	0,09	0,18
Dividende pro Aktie	Euro	0	0,10	0,20
Ausschüttung	TEuro	0	280	560
EBIT	TEuro	35	428	544
EBITDA**	TEuro	987	2.231	1.553
Mitarbeiterzahl am 31.12.		30	28	27

*In 2011 wurde das den Eigenmittel nach § 10 KWG zurechenbare Nachrangdarlehen in Höhe von TEuro 1.000 zurückgeführt, das in den Vorjahren noch in den Eigenmitteln enthalten war.

** enthält die Zuführung nach §340 HGB in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“



>> INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES VORSTANDS	4
DIE GESELLSCHAFT	6
AKTIENKURSENTWICKLUNG	6
UNTERNEHMENSSTRATEGIE	7
LAGEBERICHT 2011	9
1. Allgemeine Angaben	9
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
3. Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr	9
A. Geschäftsverlauf und -lage	9
B. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	9
C. Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen	10
4. Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Prozess der Rechnungslegung	11
5. Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung	12
A. Risikostrategie	12
B. Darstellung Gesamtrisikoprofil	12
I. Adressenausfallrisiken	13
II. Marktpreisrisiken	13
III. Liquiditätsrisiken	14
IV. Operationelle Risiken	14
C. Wesentlichkeitsanalyse	15
D. Risikokonzentration und -korrelation	15
E. Risikotragfähigkeitskonzept	16
F. Gültigkeit Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung	18
6. Aktienrechtliche Angaben	19
A. Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder	19
B. Erklärung über die Unternehmensführung	19
C. Angaben zur Kapitalstruktur – Übernahmerelevante Informationen	19
7. Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres	19
8. Ausblick	20
9. Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen	20
A. Erfolgs- und Risikofaktoren	20
B. Prognose	21
10. Schlussklärung des Abhängigkeitsberichtes	22
JAHRESABSCHLUSS	23
Bilanz zum 31. Dezember 2011	24
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2011 bis 31.12.2011	26
Anhang	28
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	36
CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	37
Erklärung zur Unternehmensführung	37
Aktionäre und Hauptversammlung	38
Zusammenwirken und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat	38
Transparenz	39
Vergütungsbericht	39
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	41
INVESTOR RELATIONS	42

>> VORWORT DES VORSTANDS

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

vor Ihnen liegt der Geschäftsbericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für das Geschäftsjahr 2011. Wieder einmal wurde uns in diesem Jahr vor Augen geführt, dass es fast unmöglich ist, realistische Prognosen über Finanz-, Wirtschafts- und Börsenentwicklungen abgeben zu können. Zu groß ist die Abhängigkeit von externen Faktoren, zu groß das Geflecht der internationalen Wirtschaft, als dass sich Insellösungen ergeben könnten.

Ganz der jeweiligen Stimmung nach haben die internationalen Märkte eine extreme Berg- und Talfahrt hinter sich. Im ersten Quartal waren es vor allem Hoffnungen auf ein nachhaltiges Ende der im Jahr 2008 mit der Lehman-Pleite begonnenen Banken- und Finanzkrise, die für eine freundliche Markttendenz sorgten. Im Zuge dieser Hoffnungen stieg der deutsche Aktienindex DAX bis auf über 7.400 Punkte, um dann im März im Zuge des Atomunfalls im japanischen Fukushima innerhalb weniger Tage um fast 1.000 Punkte einzubrechen. Sorgte dieses Ereignis gerade bei Versorgern für eine generelle Debatte zur Atomwende mit lang anhaltenden Kursverlusten, konnte sich der breite Markt schnell wieder von dem deutlichen Minus erholen. Schon Anfang Mai lag der DAX mit über 7.500 Punkten höher als vor dem Atomunfall. Doch auch dann währte die Phase hoher Kurse nicht lange – über einige Wochen schaffte es der Markt nicht, die Marke von 7.500 DAX-Punkten nachhaltig zu überschreiten, so dass der Markt anfällig für nachhaltige Kursverluste wurde.

Letztlich war es eine alte Bekannte, die für weitere starke Kursverluste in den Sommermonaten an den internationalen Börsen verantwortlich war: die Euro-Schuldenkrise, eigentlich schon länger Begleiter des Finanzmarktes, trat noch einmal offen zu Tage, als die offensichtliche Pleite Griechenlands für Verwerfungen am Markt sorgte. Im Laufe des Sommers wurde immer deutlicher, dass alle bisherigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Stabilisierung einzelner EU-Schuldenländer einerseits nicht konsequent genug waren und andererseits die Verschuldung Ausmaße angenommen hatte, die man vorab nicht für möglich gehalten bzw. offenbar vor der Öffentlichkeit geheim gehalten hatte. Somit rutschte der Markt in eine Euro-Vertrauenskrise; ein Auseinanderbrechen der Wirtschafts- und Währungsunion wurde befürchtet.

Insbesondere das Ausmaß des Flächenbrandes hatte dazu geführt, dass viele Akteure es für schier unmöglich hielten, dass die noch verbliebenen wirtschaftlich starken EU-Länder unter Führung von Deutschland und Frankreich einerseits sowie die EZB andererseits, die Euro-Zone aufrecht erhalten könnten. In Folge dieser Vertrauenskrise verloren sowohl der Euro als Währung als auch der DAX als Index kräftig an Boden. Der DAX erreichte mit einem Stand von knapp 5.000 Punkten sein Tief im September des Jahres.

Damit jedoch nicht genug der Bewegungen – sorgten doch die Maßnahmen der EZB mit einem Euro-Rettungsschirm unter Beteiligung der wirtschaftlich starken Länder, aber auch einer Politik des billigen Geldes und Rekord-Liquiditätsversorgungen der Banken, für eine Geldschwemme. Einerseits hielt dies die Wirtschaften und damit die Firmenerträge laufend, andererseits führte die vorhandene Liquidität bei gleichzeitig niedrigen Zinsen (teilweise wurden sogar negative Zinsen verzeichnet) zu einem Anlagenotstand. Davon wiederum profitierten auch die Aktienmärkte und der DAX schloss nach einem erneuten fast 20-prozentigen Anstieg zum Jahresende bei knapp 5.900 Punkten. Dies entspricht allerdings einem Kursverlust von rund 1.000 Punkten gegenüber dem Vorjahr. Warum schildern wir Ihnen diese Entwicklung im Laufes des Jahres 2011 so ausführlich? Weil daraus zwei Dinge deutlich werden: Einerseits war es für jeden Wertpapierhändler im abgelaufenen Börsenjahr extrem schwierig, mit den Marktgegebenheiten zurecht zu kommen und dort eine ertragreiche Basis für seine Geschäfte zu finden. Andererseits erklärt es auch, warum auch unsere Gesellschaft nach einem guten ersten Halbjahr und der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Notierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nur noch mit einem quasi ausgeglichenen Ergebnis abschließen konnte. In absoluten Zahlen sind wir mit dem Resultat für das Geschäftsjahr nicht zufrieden, doch unter Berücksichtigung der besonderen Situation können wir noch von einem respektablen Ergebnis sprechen, vor allem wenn berücksichtigt wird, dass wir die Rücklagen der Gesellschaft nochmals gestärkt haben. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft im abgelaufenen Jahr damit begonnen hat, in die Ausweitung einzelner Geschäftsbereiche zu investieren.

Daher wollen wir uns an dieser Stelle nochmals bei unseren Mitarbeitern bedanken, die es geschafft haben, so manche Klippe zu umschiffen und dieses respektable Ergebnis zu erwirtschaften.

Sie, verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, interessiert zudem ein Blick in die Zukunft. Dort müssen wir Ihnen von Umbrüchen in der Wertpapierhandels-Landschaft berichten. Alte Strukturen fallen weg, neue Strukturen etablieren sich. Börsen mit althergebrachten Vergütungssystemen kommen unter Konkurrenz- und Ertragsdruck durch neuartige Handelsplätze und deren Gebührenstrukturen. Makler, die früher zwischen Käufern und Verkäufern vermittelt haben, werden immer mehr zu Market Makern mit größeren Positionsführungsrisiken. Gleichzeitig steigt auch der Druck auf die ursprüngliche Vergütung der Makler, die so genannte Courtage.

In der Konsequenz kämpfen mittlerweile verschiedene Handelsplätze um eine vermeintlich geringere werdende Umsatztätigkeit – und dieser Kampf wird unter anderem auch auf dem Rücken unserer Branche ausgetragen. Hinzu kommen immer stärker werdende aufsichtsrechtliche Anforderungen an Banken. Sollen Bankenschieflagen oder gar Pleiten wie die des Lehman Bankhauses damit verhindert werden, so ist kritisch anzumerken, dass der Berufsstand der Wertpapierhandelsbanken hier – trotz grundsätzlich anderer Risiken – die prinzipiell gleichen, steigenden, Anforderungen erfüllen muss.

Alles zusammen genommen führt dies dazu, dass unsere Branche dem wohl größten Konsolidierungsdruck der letzten 10 Jahre ausgesetzt ist.

Trotz der ersten Anzeichen eines sich wieder abkühlenden Marktes nach starkem ersten Quartal sind wir zuversichtlich, Ihnen bei sich nicht deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis präsentieren zu können.

Düsseldorf, im Mai 2012



Florian Weber

Martin Liedtke



>> DIE GESELLSCHAFT

SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG**Vorstand**

Florian Weber, Vorsitzender (CEO)
Martin Liedtke (CFO, COO)

Aufsichtsrat

Günther P. Skrzypek, Vorstand, Vorsitzender, Pregassona,
Schweiz
Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, stv. Vorsitzender, Königstein
Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Handelsplätze und -systeme (im Berichtsjahr)

Börse Berlin
Börse Düsseldorf
Börse Frankfurt
Börse Hamburg
Börse Stuttgart
Börsensystem Xetra®
Börse Wien
Tradegate
Quotrix

Hauptsitz

Düsseldorf

Niederlassung

Frankfurt am Main

Handelsregister

Düsseldorf unter HRB 36 608

>> AKTIENKURSENTWICKLUNG

Stammdaten (Stand März 2012)**Inhaber Stammaktien**

Börsenkürzel SHB3, WKN A0EKK2, ISIN DE000A0EKK20
Anzahl Aktien 2.801.785 im rechnerischen Wert von je EUR 1,00.

Aktionärsstruktur

AUGUR Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG	91%
Streubesitz	9%

Die SCHNIGGE Aktie führt ein von der allgemeinen Börsenlage im Wesentlichen unabhängiges Eigenleben. Ursache hierfür ist u.a. die Aktionärsstruktur, bei der die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG den mit 91% wesentlichen Eigentümer darstellt. Nach einem Handelsstart auf einem Vorjahresniveau von 4,50 Euro je Aktie führten im ersten Quartal kleinere Verkäufe zwischenzeitlich zu Kursrückgängen bis 4,20 Euro je Aktie, bevor es im Zuge der avisierten Dividendenzahlung im Mai zu einem Jahreshoch von 6,00 Euro je Aktie kam. Im Zuge der allgemeinen Kursverluste an den Börsen sowie der Bankkrise im Speziellen fiel der Kurs wieder bis auf 4,60 Euro, bevor eine sich verbessernde Börsenkonjunktur zu Käufen und einem Kursanstieg bis zu einem Jahresschlussniveau von 5,50 Euro führten. Insgesamt blieben die Umsätze aufgrund der beschriebenen Aktionärsstruktur gering und teilweise zufallsbedingt.

>> UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Das Kerngeschäft der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank liegt im Bereich des Wertpapierhandels, insbesondere in der Skontroführung/Spezialistentätigkeit. Um strukturell zurückgehende Erträge in einzelnen Geschäftsfeldern zumindest zu kompensieren sowie die bestehende und geforderte Infrastruktur einer börsennotierten unter Aufsicht der BaFin stehenden Wertpapierhandelsbank noch rentabler ausnutzen zu können (Skaleneffekte), bleibt der maßvolle Ausbau der Handelsbereiche sowie der Aufbau weiterer insbesondere kundenbezogener Geschäftsfelder auch weiterhin ein vordringliches Ziel unseres Unternehmens. Präferiert wird hierbei gegenüber Zukäufen von Teams bzw. ganzer Gesellschaften ein organischer Auf- bzw. Ausbau der Geschäftsfelder unter Nutzung der eigenen Ressourcen.

Die Stabilisierung und die Erweiterung der Ertragsbasis sowie hieraus resultierend die mittelfristige Stärkung der Rücklagen bzw. des haftenden Eigenkapitals und der verfügbaren Liquidität hat die höchste Priorität für uns.

Ein Wachstum um bzw. zu jedem Preis erscheint auch im Rahmen der bereits stattfindenden Konsolidierung in der Branche der Banken/Finanzdienstleister nicht sinnvoll und gefährdet das mittelfristige Ziel der Kapitalstärkung und Bestandssicherung.

Die Gesellschaft prüft kontinuierlich, ob und inwieweit bisher ausschließlich im Inland erbrachte Dienstleistungen auch in anderen europäischen Ländern ertragreich anzubieten sind.

HANDEL

Der Handel in Wertpapieren – Aktien / Fonds / Renten / Genussrechte - ist die Keimzelle der Gesellschaft und nach wie vor das wesentliche operative Standbein. Im Handel ist der Trend der Orderausführung auf elektronischen Plattformen (XETRA / Scoach) bereits seit Jahren im Gange. Weitere Anbieter versuchen über eigene Plattformen wie z. B. Turquoise und Chi-X als Konkurrenz zum XETRA-System der Deutsche Börse AG Umsätze - insbesondere in den liquiden großen Werten - zu generieren. Der im November 2009 mit knapp 5% erfolgte gesellschaftsrechtliche Einstieg der Deutsche Börse AG bei einem unserer Wettbewerber, der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, sowie mit einem Anteil von 75% an der konkurrierenden Börsenplattform Exchange GmbH war - auch ordnungspolitisch - bemerkenswert. Tradegate hat es durch alternative Gebührenmodelle als Marktteilnehmer und gleichzeitig Börsenplattform geschafft, bei einigen Banken den ersten Rang in der Best-Ex-Policy zu erreichen und große Umsatzanteile zu Lasten der Deutsche Börse AG in Frankfurt (Parketthandel) sowie der weiteren Regionalbörsen zu generieren. Weisungslos erteilte Kundenorders werden somit automatisch zu Tradegate geroutet. Der bis Februar 2011 das Best-Ex Ranking teilweise anführende Börsenplatz Düsseldorf, an dem SCHNIGGE der maßgebliche Skontroführer in Aktienwerten ist, hat daraufhin bis zu 60% seiner Order- und Umsatzzahlen verloren.

Der Börsenrat beschloss unter Mitwirkung aller Skontroführer in Frankfurt ab Mai 2011 die Abschaffung des Präsenzhandels. An die Stelle des bisherigen Skontroführers trat ab diesem Zeitpunkt die Funktion eines Spezialisten. Mit der Veränderung erfolgte rechtlich der Wechsel in das Privatrecht durch bilaterale Verträge mit der Deutsche Börse AG. Mit Wegfall des öffentlichen Rechts hat die Börse den Teilnehmern die Möglichkeit eingeräumt, Skontren eines Maklers im Ganzen oder Teilen zu einem handelbaren Wirtschaftsgut zu machen. Damit können betreute Werte zukünftig – einzeln oder gesamt - verkauft oder weitere hinzugekauft werden. Die Zuteilung der Skontren erfolgte unbefristet mit einem Kündigungsrecht der Deutsche Börse AG. Inwieweit es gelingen kann, verlorene Marktanteile und somit Umsätze an der Börse Frankfurt wieder zurück zu gewinnen bleibt abzuwarten. Tendenzen zu einer Verringerung der heutigen Spezialisten zu weniger und größeren Marktteilnehmern sind erkennbar. Gespräche unter allen Spezialisten sowie mit der Deutsche Börse AG sind seit dem 1. Quartal 2012 im Gange. Der Ausgang und entsprechende Auswirkungen für unser Unternehmen sind noch nicht abschließend einzuschätzen. Klar ist aber, dass alleine über die Verringerung der Anzahl der Spezialisten keine Umsatzverlagerung zur Deutsche Börse AG erreicht werden kann.

Die Skontroführung im Bereich des Fondshandels konnte in Frankfurt bisher nicht - über die bereits diesbezüglich seit Jahren bestehenden operativ erfolgreichen Tätigkeitsfelder in Düsseldorf und Hamburg – ausgebaut werden. Dies bleibt bei vertretbaren Erwerbskosten auch weiterhin ein erklärtes Ziel unseres Unternehmens.

Im Eigenhandel wird vom Grundsatz her bei nur kurzer Haltedauer versucht, Gewinne zu erzielen. Das Eingehen strategischer langfristiger Positionen ist derzeit nicht geplant. Die Liquidität einer Aktie und damit die Möglichkeit der Glattstellung bei negativer Entwicklung spielt bei Eingehen einer Position eine wesentliche Rolle.

Das bestehende Geschäftsfeld mit den institutionellen Kunden / Sales und Brokerage haben wir in 2011 personell mit dem Ziel ausgebaut, ein weiteres wesentliches kundenorientiertes Standbein zu schaffen. Das Designated Sponsoring werden wir opportunistisch beibehalten.

CORPORATE FINANCE

Der Bereich Corporate Finance wird sich unverändert auf die Beratung bzgl. Finanzierungsstrategien bzw. -instrumenten für kleine und mittelgroße Unternehmen konzentrieren. Dies auch vor dem Hintergrund des eigenen Leistungsangebotes beim Listing unterschiedlicher Wertpapiere. Im Geschäftsjahr 2011 konnten einige von uns begleitete Transaktionen der Kapitalbeschaffung über Aktien- wie auch Anleiheemissionen durch mittelständische Unternehmen erfolgreich umgesetzt werden.



Zur Darstellung dieses komplexen Dienstleistungsumfanges werden wir aus Kostengründen die entsprechende Wertschöpfungstiefe durch Mitarbeiterkapazitäten nicht vollumfänglich selbst aufbauen, sondern teilweise auf entsprechende Outsourcing - Angebote zurückgreifen.

FINANZPORTFOLIOVERWALTUNG

Den Bereich Finanzportfolioverwaltung wollen wir auf Grund von Synergien mit unserem Kerngeschäft „Handel“ sowie sich bietender Cross-Selling Möglichkeiten mit Bestandskunden mittelfristig aufbauen. Die vorhandene Lizenz gibt uns hierfür den aufsichtsrechtlich erforderlichen Rahmen.

Auch beim Aufbau des Service-Angebotes im Bereich Finanzportfolioverwaltung gilt für uns das Primat der maßvollen Investitionspolitik, d.h. dass auch hier die zur Leistungserstellung erforderliche Wertschöpfungstiefe im eigenen Haus möglichst klein gehalten wird und nur bei vertretbarem Profil das Geschäftsfeld ausgebaut wird.

STABBEREICHE / SONSTIGE KOSTEN

Die Struktur einer börsennotierten Aktiengesellschaft unter Aufsicht der BaFin bringt eine Vielzahl zusätzlicher Anforderungen mit steigender Tendenz und somit entsprechender Kosten mit sich. Nahezu alle notwendigen Dienstleistungsbereiche sind outsourced, um die fixen Kosten der Stabs- wie auch sonstiger Bereiche so gering als möglich zu halten.

INVESTITIONEN

Bei allen Aktivitäten zur Förderung des weiteren Unternehmens- und Gewinnwachstums ist für uns die Prämisse der bestandssichernden Umsichtigkeit handlungsleitend. Die Stärkung der nachhaltigen Ertragsbasis und somit das Wachstum des haftenden Eigenkapitals bzw. der Rücklagen hat die höchste Priorität für uns. Dazu ist mittelfristig ein sukzessiver Ausbau der Geschäftsaktivitäten notwendig. Diese Investitionen haben jedoch in einem angemessenen finanziellen Verhältnis zur Unternehmensstruktur und der Risikotragfähigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu stehen.

>> LAGEBERICHT 2011

1. ALLGEMEINE ANGABEN

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist eine Wertpapierhandelsbank mit langjähriger Kapitalmarktkompetenz und Börsenerfahrung, die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Erbringung von Bankgeschäften (Teilbankgeschäfte) und Finanzdienstleistungen zugelassen ist. Selbst börsennotiert (WKN A0EKK2, Symbol SHB3), mit Sitz in Düsseldorf und Niederlassung in Frankfurt am Main, bietet die Gesellschaft neben dem klassischen Börsenhandel auch eine Vielzahl von Dienstleistungen rund um den Kapitalmarkt an.

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch die Entwicklungen an den Börsen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 für alle Marktteilnehmer als sehr schwierig einzustufen. Dies spiegelte sich auch in der Entwicklung des Leitindex DAX wieder. Die Mehrzahl der Experten erwartete - ausgehend von einem Stand von ca. 7.000 Punkten Ende 2010 - zum Jahresende 2011 einen DAX-Stand in der Nähe von ca. 7.500 Punkten. Dieser Stand wurde auch im ersten Halbjahr erreicht, allerdings kam es dann zu einem dramatischen Kursverfall bis auf ca. 5.150 Punkten im 3. Quartal und einem Kursenspurts bis zum Jahreswechsel, so dass das Jahr noch auf einem Niveau von knapp 6.000 Punkten schloss. Das Jahr 2011 war geprägt von externen Faktoren wie stark politisch getriebenen Börsen mit nicht vorhersehbaren Einzelereignissen. So hat die europäische Schuldenkrise Notfalltreffen der EU-Politiker und Notenbankier nahezu im Wochenturnus verursacht. Der Atomunfall in Fukushima, Japan, und die hieraus resultierende Atomwende in Deutschland war nicht vorhersehbar. Nicht zuletzt die Kursverluste der beiden Energieversorger E.on und RWE in Folge des Atomunfalls und der Energiewende haben den DAX nach unten gezogen. Aber auch die Entwicklung Griechenlands und dessen Einfluss auf die europäische Gesamtsituation und hier insbesondere der Blick auf die Verschuldungssituation weiterer wesentlich größerer Problemländer wie Spanien, Italien und Frankreich nährten den aufkommenden Pessimismus der Marktakteure. Der Vertrauensverlust auch in das heimische Bankensystem kam in massiven Kursverlusten der deutschen Bankaktien zum Ausdruck. Tägliche Schwankungen zwischen 3-5 Prozent im DAX waren phasenweise fast schon normal. Die Sicherheit eines Investments stand für die Akteure verstärkt im Vordergrund der Anlageentscheidungen, was in teilweise vereinbarten Minuszinsen für Anlagen in vermeintlich sichere Emittenten wie der Bundesrepublik Deutschland gipfelte. Erste wahrnehmbare positive politische Veränderungen sowie insbesondere das erste Paket der Mittelbereitstellung der EZB an die Banken von ca. 500 Mrd. Euro im Dezember 2011 führte zum Jahresende zu einer eingeleiteten Wende. Die Ergebnisse der meisten deutschen Unternehmen waren wesentlich besser als die Stimmung. Eine vertrauensvolle Trendwende konnte dennoch nicht

verzeichnet werden, vielmehr ist der Aufschwung liquiditätsgetrieben und verdrängt die weiterhin ungelösten Probleme insbesondere der Staatsverschuldung. Die weitere Entwicklung ist als volatil und schwierig – nicht nur in Europa – einzuschätzen und hängt im Wesentlichen zunächst von der Beibehaltung/Änderung der Niedrigzinspolitik bzw. Liquiditätsschwemme durch die internationalen Notenbanken ab.

3. ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT IM BERICHTSJAHRE

A. Geschäftsverlauf und -lage

Das Geschäftsjahr 2011 kann man für die Gesellschaft durchaus in 2 Hälften aufteilen. Insbesondere die Entwicklung des DAX sowie die Umsatztätigkeit an den deutschen Börsen in den von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG betreuten Titeln blieben hinter unseren Erwartungen zurück. Während das erste Halbjahr vom Umfeld und der positiven Kursentwicklung noch profitierte, konnten die Erlöse der Folgemonate – mit Ausnahme des Dezember 2011 – die Kosten nicht decken. Im zweiten Teil des Geschäftsjahres wurde vor dem Hintergrund volatiler Märkte im Wesentlichen versucht, die Risiken aus der Positionsführung herauszunehmen. Damit einhergehend reduzierten sich die Chancen in der Positionsführung und auch das Handelsergebnis des Geschäftsjahres.

Das unter besseren Rahmenbedingungen - analog dem Vorjahr - erwartete Jahresergebnis konnte nicht erreicht werden.

Unser Haus war auch im Geschäftsjahr 2011 fortlaufend in die Abstimmungsprozesse zwischen der Deutsche Börse AG und den Skontroführern bezüglich der Veränderung des ehemaligen Skontroführermodells an der Frankfurter Wertpapierbörse hin zum heutigen Spezialistensystem eingebunden. Im Ergebnis ist auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG seit Mai 2011 als Spezialist an der Frankfurter Wertpapierbörse tätig.

Im Jahresverlauf investierte das Unternehmen viel Zeit und Kapazitäten in den operativen Ausbau der Bereiche Equity Sales Trading sowie Corporate Finance.

B. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist mit dem operativ erwirtschafteten Ergebnis im Geschäftsjahr 2011 unter Berücksichtigung der Gesamtumstände zufrieden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei TEUR 3 nach TEUR 398 im Vorjahr. Der Jahresüberschuss belief sich auf TEUR 0,2 nach einem Jahresergebnis von TEUR 266 im Geschäftsjahr 2010.

Die gebildete Risikovorsorge von TEUR 565 über die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken wirkte entsprechend



ergebnisbelastend (Vj. TEUR 1.345). Aufsichtsrechtlich wird dieser in die Passiva eingestellte Betrag den Eigenmitteln wieder hinzugerechnet.

Aufgrund der Einführung des Spezialistenmodells an der Frankfurter Wertpapierbörse im Mai 2011 und der im Jahr 2011 geringeren Umsatztätigkeit der Skontroführung/Spezialisten Frankfurt reduzierte sich das Ergebnis aus Courtagen und Provisionen im Geschäftsjahr 2011 um TEUR 60 auf TEUR 3.049. Das Ergebnis aus dem Handelsbestand verringerte sich auch aufgrund der vor dem Hintergrund volatiler Märkte angepassten Positionsführung und der damit verbundenen Reduktion von Risiken aber auch von Chancen um EUR 1.484 auf TEUR 3.355 (Vj. TEUR 4.839). Das im Berichtsjahr positive Zinsergebnis einschließlich Dividendenerträge resultierte insbesondere aus den aufgrund der Rückführung des Nachrangdarlehens reduzierten Zinsaufwendungen und betrug TEUR 38 (Vj. TEUR -16).

Der Personalaufwand ist mit TEUR 3.449 (Vj. TEUR 3.331) im Wesentlichen unverändert geblieben, die anderen Verwaltungsaufwendungen gingen gegenüber dem Vorjahr von TEUR 2.534 auf TEUR 2.369 zurück.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um TEUR 63 auf TEUR 252.

Die Verringerung der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen um TEUR 70 auf TEUR 387 (Vj. TEUR 457) resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang der planmäßigen Abschreibung auf technische Wirtschaftsgüter.

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf TEUR 15.227 gegenüber TEUR 14.168 in 2010. Die erhöhte Bilanzsumme per 31.12.2011 hängt u.a. mit einem stichtagsbezogenen erhöhten Handelsbestand zusammen.

Die anderen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen mit TEUR 817 auf Beiträge (davon TEUR 811 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix) sowie mit TEUR 566 auf Boni und Tantiemen.

Der Gesellschaft wurde ein nachrangiges den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechenden Darlehen in Höhe von 1,0 Mio. Euro bis zur Ablösung im April 2011 zur Verfügung gestellt. Nach erfolgter Rückführung dieses Darlehens sowie nach Feststellung des Jahresabschlusses verfügt die Gesellschaft zum 31.12.2011 über ein haftendes Eigenkapital in Höhe von 6,7 Mio. Euro (Vj. 7,0 Mio. Euro).

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG finanziert sich weitestgehend über ihre eigenen Mittel. Die im Handelsbestand investierten Mittel sind überwiegend sehr kurzfristig verfügbar. Der renommierte Abwicklungspartner stellt darüber hinaus im Bedarfsfall Kreditlinien gegen bankübliche Sicherheiten zur Verfügung. Die Liquiditätsslage war im abgelaufenen Jahr zur Umsetzung unseres Geschäftes jederzeit ausreichend.

Für unser Unternehmen sind die ersten Monate noch nicht den Erwartungen entsprechend verlaufen.

C. Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen

Innerhalb der Gesellschaft gliedern sich die im Wesentlichen mit dem Wertpapierhandel zusammenhängenden Geschäftsbereiche weiter auf. Im Geschäftsbereich Handel sind dies Eigenhandel, Skontroführung/Spezialistentätigkeit, Equity-Salestrading, Designated Sponsoring sowie außer- und vorbörslicher Aktienhandel. Des Weiteren bestehen die Geschäftsfelder Vermögensverwaltung, Corporate Finance sowie das Retailgeschäft mit der Fortführung auslaufender VL-Verträge.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden im Wesentlichen Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und Genussscheinen.

Skontroführung/Spezialistentätigkeit in Frankfurt

Im Rahmen der Skontroführung führt der beauftragte Makler Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren.

Die Möglichkeit des börslichen Fondshandels ist den Marktteilnehmern insbesondere aufgrund der Sondersituationen bei einzelnen Immobilienfonds mittlerweile bekannter, wenngleich hier noch enormes Potenzial in der externen Wahrnehmung sowie hieraus resultierend in der Umsatztätigkeit besteht. Durch die Umsatzsteigerung bei den Immobilienfonds aufgrund der Sondersituationen bis hin zu Schließungen einzelner Immobilienfonds konnte die Gesellschaft auch bei Courtagen und Kursgewinnen profitieren, so dass dieser Bereich ertragsseitig der wesentliche Eckpfeiler des Gesamtjahres darstellte.

Da die Inhaberschuldverschreibungen der Banken und Sparkassen, die von SCHNIGGE betreut werden, wegen bilanzieller Änderungen nicht neu aufgelegt werden, hat die Bedeutung dieses Bereiches gegenüber den Vorjahren weiter verloren. Der Bereich der Skontroführung/Spezialistentätigkeit Renten in Frankfurt sowie Düsseldorf stellte aufgrund der durch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG eingeführten Renten ein weiteres Standbein dar. Die von der Gesellschaft verstärkt betreuten Mittelstandsanleihen konnten das Angebot an gehandelten Renten sowohl an der Börse Düsseldorf als auch Frankfurt ausweiten.

An der Börse Frankfurt litten die Aktienskontroführung (bis Mai 2011) bzw. die Spezialistenabteilung (ab Mai 2011) gegenüber dem Vorjahr insbesondere unter dem Umsatzverlust auf dem Frankfurter Börsenparkett. Der erstmalige Eintritt der Börse Tradegate in die Best-Ex-Policy-Bewertung einer Abwicklungsbank hat für eine deutliche Verschiebung der Umsatzanteile weg von bestehenden Börsen hin zu Tradegate geführt. Die Konsolidierung zu weniger Marktteilnehmern ist betriebswirtschaftlich getrieben weiter vorangeschritten. Die Anzahl der Spezialisten hat sich seit Beginn des Spezialistenmodells von 21 auf nur noch 12

Spezialisten reduziert. Die Auswirkungen der Konsolidierung für unser Haus sind abzuwarten.

Auch die Aktienskontroführung Düsseldorf musste nach der Umstellung der Best-Ex-Empfehlungen der DWP-Bank ab März 2011 erhebliche Umsatz-/Erlöseinbußen hinnehmen.

Retailgeschäft

Der ursprünglich unter dem Bereich Retail verstandene Geschäftsteil der Vermittlung von Versicherungen, Investmentfonds und anderen zulassungsfreien Produkten wurde bereits im Jahr 2004 durch Rückübertrag an den damaligen Partner, die OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, eingestellt.

Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Verträgen zur Anlage von vermögenswirksamen Leistungen (VL) wurde Ende Januar 2011 eingestellt. Somit wurden seit diesem Zeitpunkt keine Finanzinstrumente mehr im eigenen Namen für Rechnung der Kunden erworben und an das für diese Verträge depotführende Institut übertragen. Durch ein Kundenansprechen im November 2011 wurde den VL-Sparern die Einstellung der VL-Dienstleistung mitgeteilt. Seit dem 03.12.2012 werden keine Sparraten der Kunden mehr entgegengenommen.

Vorbörslicher Handel

Der vorbörsliche Handel, früher wesentliche Stütze des Ertrags der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, ruht aufgrund der Marktverhältnisse nahezu seit einiger Zeit. Als Alternativlösung nutzen viele Gesellschaften die Möglichkeit, prospektfrei ohne IPO ihre Wertpapiere zumindest an den Börsen listen zu lassen. Im Geschäftsjahr 2011 war noch keine Veränderung zu einer wieder erstarkenden Emissionstätigkeit bei Aktien erkennbar. Unternehmen nutzten vielmehr das weiterhin niedrige Zinsniveau, um sich mittelfristig über Anleiheemissionen mit Fremdkapital auszustatten.

Außerbörslicher Handel

Der Bereich des außerbörslichen Telefonhandels ist Bestandteil des Eigenhandels. Wie beim vorbörslichen Handel müssen sich erst die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern, bevor ein Anziehen der Umsatztätigkeit in diesem Geschäftsbereich zu erwarten ist.

Asset Management

Die Geschäftsaufnahme im Bereich Asset Management wurde im Dezember 2008 mit einem Mandat gestartet. Auch im Jahr 2011 lieferte dieser Geschäftsbereich einen positiven Ergebnisbeitrag. Wir sind weiterhin bemüht, diesen Geschäftsbereich opportunistisch aufrechtzuerhalten bzw. mittelfristig auszubauen.

Corporate Finance

Der Geschäftsbereich Corporate Finance umfasst im Wesentlichen die Aktivitäten rund um Börseneinführungen und Listings. Im Jahr 2011 wurden darüber hinaus einige Maßnahmen der Kapitalbeschaffung durch mittelständische Unternehmen erfolgreich begleitet. Auf Grund des extrem zyklischen Geschäftsfeldes haben wir uns entschieden, diesen Bereich nicht mit weiteren

Personalressourcen auszubauen. Wir wollen die vorhandenen Kompetenzen in der Beratung sowie der Umsetzung bei sich ergebenden Geschäftsansätzen für den Kunden wertschöpfend einbringen.

Die Gesellschaft hat die aufsichtsrechtliche Genehmigung des Platzierungsgeschäftes. Hiermit verfügt die Gesellschaft über die Möglichkeit, sich an - auch im heutigen schwierigen Marktumfeld immer noch existenten - attraktiven Transaktionen zu beteiligen, ohne die Risiken einer Übernahme von Positionen auf die eigene Bilanz eingehen zu müssen.

Stabs- und Verwaltungsbereiche

Die Gesellschaft hat den Stabsbereich unverändert schlank aufgestellt und verschiedene Tätigkeiten auf externe Dienstleister ausgelagert. Bei gleichbleibenden Geschäftsstrukturen wird dies auch zukünftig so belassen, um nicht bei sinkenden Erträgen unmittelbar in eine Kostenfalle zu laufen. Bestimmte durchaus kostenintensive Strukturen sind allerdings sowohl als börsennotierte Gesellschaft als auch durch die Aufsicht der BaFin vorgegeben. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen binden weiterhin und mit steigender Tendenz vorhandene Kapazitäten.

Beteiligungen

Ein aktives Beteiligungsgeschäft wurde im Jahr 2011 nicht durchgeführt und ist auch mittelfristig strategisch nicht geplant.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2011 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 30 (Vorjahr 28) Mitarbeiter/innen beschäftigt. Für das Jahr 2012 sind keine nennenswerten Veränderungen vorgesehen.

Auf Basis der jeweiligen individuellen wie auch bereichsbezogenen guten Leistungen wurden an die erfolgreichen Mitarbeiter/innen marktgerechte Tantiemen ausgezahlt. Die Form und die Höhe der Tantiemезahlungen berücksichtigen einerseits motivierende und leistungssteigernde Anreize, andererseits auch die gesetzlich- und aufsichtsrechtlich geforderten Begrenzungen zum Schutz der Gesellschaft.

Neben der Ausstattung und dem Ausbau der Gesellschaft mit ausreichenden finanziellen Mitteln sind auch weiterhin die Mitarbeiter/innen das wichtigste Kapital für das Unternehmen. Vorstand und Aufsichtsrat bedanken sich daher im Namen der Aktionäre für die auch im vergangenen Jahr geleistete erfolgreiche Arbeit unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen.

4. INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN PROZESS DER RECHNUNGSLEGUNG

Die eingerichteten Abläufe sowie die jeweiligen Tätigkeiten innerhalb der Rechnungslegung zeichnen sich im Hinblick auf die Verantwortungsbereiche, Kontrolle sowie Führung durch eine klare Strukturierung aus.

Die für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als Kreditinstitut geltenden Anforderungen an das Handelsgeschäft schreiben eine klare Trennung zwischen den Funktionseinheiten „Handel“, „Abwicklung und Kontrolle“, „Überwachung“ und „Rechnungslegung“ vor, die funktional und organisatorisch gegeben ist.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfügt zur Abwicklung des Wertpapiergeschäfts über umfangreiche Strukturen, Systeme und Maßnahmen, welche die Effektivität und Sicherheit des Rechnungslegungsprozesses einschließlich der Erstellung des Halbjahres- und Jahresabschlusses gewährleisten.

Grundlage des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems ist die enge Zusammenarbeit mit auf das Wertpapiergeschäft spezialisierten externen Partnern. Im Rahmen von Auslagerungslösungen werden die Geld- und Stückbuchhaltung und die Erfassung aller Wertpapiergeschäfte einschließlich der Wertpapierstammdaten extern abgewickelt. Die Wertpapiergeschäfte werden größtenteils über das System der Börsenabwicklungsgesellschaft der Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main, erfasst.

Neben diesen in der Organisation implementierten Kontrollen werden die Funktionsbereiche durch Mitarbeiter/innen bzw. den Vorstand überwacht.

In allen Phasen des Rechnungslegungsprozesses werden ausschließlich Standardsoftwaresysteme eingesetzt. Alle eingesetzten EDV-Systeme sind durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen vor unbefugtem Zugriff geschützt.

Alle rechnungslegungsrelevanten Prozesse werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft.

In allen wesentlichen Fragen der Rechnungslegung ist der Finanzvorstand unmittelbar eingebunden. Sofern erforderlich, werden externe Dienstleister (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) mit angemessener Qualifikation zur Umsetzung und Einhaltung der Bilanzierungsvorgaben involviert. Die in den Rechnungslegungsprozess eingebundenen Mitarbeiter/innen werden regelmäßig geschult.

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben des Rechnungslegungsprozesses werden durch interne fortlaufend aktualisierte Richtlinien vorgegeben. Es besteht ein klar strukturiertes turnusmäßiges rechnungslegungsbezogenes Berichts- und Meldewesen gegenüber dem Aufsichtsrat bzw. der Bankenaufsicht.

5. RISIKOSTRATEGIE UND GESAMTBANKSTEUERUNG

PRÄAMBEL

Mit der Novellierung der MaRisk (RS 11/2010) hat die BaFin die regulatorischen Anforderungen an Finanzdienstleistungsunternehmen und Banken erneut ausgeweitet. Zudem wurden mit dem Papier „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ im Dezember 2011 die Anforderungen an die

Steuerungskreisläufe zur Wahrung der Risikotragfähigkeit weiter konkretisiert. Die Ursachen hierfür liegen in der Bankenkrise und den daraus gesammelten Erfahrungen bzw. der resultierenden Regulierung auf globaler und europäischer Ebene (u.a. CEBS) begründet. Grundsätzlich ist eine stärkere Aufsicht und Regulierung des Marktes, hier aber insbesondere der systemrelevanten Institute, zu begrüßen.

SCHNIGGE betreibt weder das Einlagen- noch das Kreditgeschäft. Das Geschäftsmodell – im Wesentlichen die Skontroführung/Spezialistentätigkeit sowie der Wertpapiereigenhandel – wird nahezu vollständig durch Eigenmittel getragen. Insofern betrachtet die Gesellschaft sich als nicht relevant für das übergeordnete Ziel der Wahrung der Systemstabilität, welches die Aufsicht verfolgt. Hieraus abgeleitet legt der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Wert darauf, die Anforderungen der MaRisk möglichst gezielt, praktikabel und effizient zu implementieren.

A. Risikostrategie

Sämtliche Entscheidungen in allen Geschäfts- und Verantwortungsbereichen stehen grundsätzlich im Einklang mit der nachfolgend festgelegten Strategie. Abweichungen zur Strategie erfolgen durch einen Geschäftsleitungsbeschluss und entsprechender Kommunikation.

Die Strategie liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandes. Die Strategie ist dem Aufsichtsrat zur Kenntnis zu geben.

Mindestens einmal jährlich (bzw. anlassbezogen) ist eine Überprüfung erforderlich sowie gegebenenfalls entsprechende Anpassungen. Bei Überprüfung der Geschäftsstrategie ist die Risikostrategie ebenfalls heranzuziehen. Die Risikostrategie ist den Mitarbeitern/innen angemessen zu kommunizieren.

Wie die jüngste Entwicklung beweist, ist in der Branche der Finanzdienstleister das Risikomanagement von zentraler, ja elementarer Bedeutung und wird daher in unserer Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt.

B. Darstellung Gesamtrisikoprofil

Die MaRisk stellen Anforderungen an das Management aller für ein Institut wesentlichen Risiken. Die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit erfolgt somit in der Form, dass diese wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (ökonomische Kapitaldeckung) laufend abgedeckt werden. Nach MaRisk müssen alle wesentlichen Risiken vom Institut angemessen identifiziert, beurteilt, gesteuert sowie überwacht und kommuniziert werden. Die Angemessenheit orientiert sich dabei an der Geschäfts- bzw. Risikostruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Da die MaRisk keine spezifischen Vorgaben bezüglich bestimmter Methoden oder Verfahren machen, werden nachfolgend das für die geschäftliche Struktur und Größe unseres Institutes festgelegte Vorgehensmodell und die entsprechenden Risikocontrolling und -steuerungsprozesse dargestellt.

I. Adressenausfallrisiken

Definition der Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken wird das Risiko verstanden, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet bzw. nicht in vollem Umfang seine Verbindlichkeiten gegenüber der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bedient. Diese Risiken untergliedern sich in Länder-, Kontrahenten-, Emittenten- und Settlementrisiken (Erfüllungsrisiko) sowie Kreditrisiken i.e.S.:

- **Kontrahentenrisiken** drücken die möglichen vollständigen oder auch teilweisen Wertverluste aus, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen einer Gegenpartei (Kontrahent) entstehen können, mit denen die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Geschäfte betreibt.
- Des Weiteren werden die **Bonitätsrisiken von Wertpapieremittenten** den Adressenausfallrisiken zugerechnet.
- Als **Länderrisiken** werden Transfer- und Konvertierungsrisiken, sowie politische Risiken erfasst, die für uns auf Grund der Geschäftsaktivitäten weitestgehend bedeutungslos sind.
- Unter dem Begriff **Kreditrisiko** sind die möglichen Wertverluste im Kreditgeschäft i.e.S. zusammengefasst, welches unser Institut als Wertpapierhandelshaus jedoch nicht betreibt.
- Als **Settlementrisiko** (Erfüllungsrisiko) bezeichnet man das Risiko, dass nach erbrachter Leistung zur Erfüllung eines Geschäfts keine Gegenleistung erfolgt.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

In Anlehnung an die Definition der Adressenausfallrisiken erfolgt grundsätzlich eine Risikoannahme in den Bereichen der Kontrahenten-, Emittenten- und Erfüllungsrisiken. Die Erfüllungsrisiken spielen für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Vergleich zu den anderen Risikoarten, einschließlich Kontrahentenrisiken, eine untergeordnete Rolle. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Mehrheit der Geschäfte über Börsen abgewickelt wird. Die Risiken sind jedoch für außerbörsliche Geschäfte zu betrachten.

Identifikation und Überwachung der Adressenausfallrisiken

In unserem Institut findet auf Grund der vorgenannten Relevanz für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung keine laufende Bonitätsbeurteilung aller Geschäftspartner statt. Handel mit Kunden ohne Handelszulassung an inländischen Börsen findet nur in geringem Umfang statt. Die hierbei auftretenden Ausfallrisiken werden auf Grund der geringen Fallzahlen durch Einzelüberwachung (in der Regel durch den Vorstand persönlich) gesteuert. Das entsprechende Verfahren ist in den Rahmenbedingungen für den Handel (Kontrahentenkreis) der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Die Überwachung und Kommunikation relevanter Risikopositionen und eine Bewertung in Bezug auf die Risikotragfähigkeit erfolgt im Rahmen des Risikoberichtes, welcher vierteljährlich vom Risiko-Controlling erstellt wird.

Auf eine gesonderte Limitierung des Adressenausfallrisikos des Emittenten wird weitgehend aufgrund des bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG vorliegenden Geschäftsmodells verzichtet, da dem besonderen Kursrisiko des Emittenten

im Rahmen der Limitierung des Marktpreisrisikos Rechnung getragen wird.

Die Emittentenrisiken, welche im Eigenhandel entstehen, werden nach Maßgabe der Großkrediteinzelobergrenzen des § 13a KWG in Verbindung mit den Vorschriften der GroMiKV beobachtet und begrenzt. Unabhängig von einer Auslastung der Großkreditobergrenzen werden in der Handelsrichtlinie positionsbezogene Bestandsobergrenzen für die unterschiedlichen Arten von Finanzinstrumenten (Aktien, Genussscheine, Renten, Fonds) geregelt.

II. Marktpreisrisiken

Definition der Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden nach MaRisk verstanden:

- Kursrisiken
- Zinsänderungsrisiken
- Währungsrisiken und
- Marktpreisrisiken aus Warengeschäften

Als Marktpreisrisiken können somit allgemein Preisveränderungen von u.a. Aktien, Anleihen und Währungen auf Grund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten angesehen werden.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Marktpreisrisiken wirken sich insofern auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes aus, als es sich hierbei um das für die Bank wesentliche Risiko handelt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG unterliegt Marktpreisrisiken im Wesentlichen in Form von Kurs- und Zinssatzschwankungen. Währungsrisiken sind derzeit für die Gesellschaft nicht relevant, da die gehandelten Wertpapiere im Wesentlichen in Euro notieren. Der Kurs von Finanzinstrumenten kann sich im Vergleich zur allgemeinen Marktentwicklung abrupt und in einem Ausmaß verändern, welches die üblichen Kursänderungen deutlich übersteigt. Die Gründe hierfür sind zumeist der Sphäre des Emittenten des Finanzinstruments zuzurechnen. Beispiele hierfür sind u.a.:

- erwartete oder tatsächliche Änderungen in den Anteilseignerstrukturen
- Ratingveränderungen
- Gewinnwarnungen oder
- Insolvenz eines Emittenten

Identifikation und Überwachung der Marktpreisrisiken

Die Anforderungen an die Behandlung von Marktpreisrisiken bei Handelsgeschäften unterscheiden zum einen die Anforderungen an Handelsbuchpositionen sowie zum anderen an Anlagebuchpositionen.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr sind weder Wertpapierkäufe für die Liquiditätsreserve getätigt noch sonstige Wertpapiere auf längere Sicht (z.B. Beteiligungen) angeschafft worden. Dem Anlagebuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind derzeit keine Wertpapierbestände zugeordnet.

Im Handelsbuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG werden alle handelbaren Finanzinstrumente erfasst, welche zur

kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges gekauft bzw. gehalten werden. Sämtliche Geschäfte des Handelsbuches unterliegen somit den Vorschriften der Handelsrichtlinien. Folglich werden die Marktpreisrisiken durch die dort festgelegten Verlust- und Volumenlimite begrenzt. Dabei erfolgt eine Limitierung einerseits auf Ebene der einzelnen Wertpapierpositionen und andererseits auf der Ebene von Händlergruppen. Die Handelsrichtlinien sehen - abhängig von der Art des jeweiligen Finanzinstruments (Aktien, Genussscheine, Renten, Optionen, Future-Kontrakte) - unterschiedliche Begrenzungen der Einzelpositionen sowie Verlustobergrenzen vor.

Die Positionsverantwortlichen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, also der einzelne Händler und der Handelsvorstand, werden durch eine ständige Aktualisierung eines zentralen Positionsüberwachungs- und Geschäftserfassungsprogramms über die Größenordnungen der gehaltenen Wertpapiere informiert, auf deren Grundlage sie die Auslastung der vorgegebenen Limite selbstständig ermitteln können. Den Händlergruppen werden individuelle Handelsvolumenlimite vorgegeben. Die Gesamtheit der von einer Händlergruppe gehaltenen Einzelpositionen darf ein vom Vorstand bestimmtes Gruppenvolumenlimit (Gesamtengagementgrenze) nicht überschreiten. Ferner wird der kumulierte Verlust auf Gruppenebene durch eine entsprechende betragsmäßige Limitvorgabe begrenzt.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse sind in einem täglichen Handelsbuch-Bericht zusammenzufassen, welcher u.a. über

- die Gesamtpositionen aufgliedert nach Long- und Shortpositionen
- die realisierten sowie unrealisierten Handelsergebnisse sowie
- die VaR Auslastung der WP - Bestände informiert.

Dieser wird den Geschäftsleitern im Laufe des folgenden Geschäftstages vorgelegt.

Neben der Limitierung über Volumens- und Verlustlimite wird für den gesamten Handelsbestand der Bank täglich ein Value-at-Risk (VaR) ermittelt. In diesem Zusammenhang kommt ein unter Ausnutzung des „Bloomberg-Systems“ implementiertes, standardisiertes Verfahren zur Anwendung. Hierzu werden täglich die Daten des Handelsbestandes ausgelesen und über ein institutsintern entwickeltes Programm (Makro) nach Bloomberg übergeleitet, welches täglich die VaR-Berechnung für den gesamten Handelsbuchbestand vornimmt. Die Berechnungsergebnisse werden täglich an den Vorstand berichtet.

III. Liquiditätsrisiken

Definition der Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken werden alle Risiken verstanden, welche dazu führen, dass ein Institut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder in voller Höhe nachkommen kann. Das Risiko der Liquiditätsknappheit besteht grundsätzlich auch bei unserer eigenen Gesellschaft.

Risikomanagement und -controllingmaßnahmen

Nach MaRisk hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG laufend zu überprüfen, inwieweit sie in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf aus der geschäftlichen Tätigkeit abzudecken. Stellt sich dabei heraus, dass die Mittelabflüsse die Mittelzuflüsse (einschließlich der Bestände an Liquidität) übersteigen, so müssen entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Identifikation und Überwachung der Liquiditätsrisiken

Bei der Liquiditätsplanung werden vom Rechnungswesen/Controlling den erwarteten Mittelabflüssen die kalkulierten Mittelzuflüsse für den Zeitraum von 12 Monaten gegenübergestellt. Grundlage dieser vierteljährlich erstellten Liquiditätsplanung sind zum einen die realen Mittelab- und -zuflüsse, welche sich auf monatlicher Basis aus den Buchungsabschlüssen ergeben. Zum anderen dient der Business Plan als Grundlage für eine möglichst präzise Prognose zukünftiger Mittelzu- bzw. -abflüsse.

Für die kurzfristige Liquiditätsplanung steht uns täglich ein umfassender Report unserer Hausbank und wesentlichen Abwicklungspartners zur Verfügung. Der Report enthält alle Wertpapierbestände, die notwendigen Beträge zur Unterlegung sowie die frei verfügbare Liquidität.

Hinsichtlich der novellierten MaRisk (RS 11/2010) ist SCHNIGGE als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft i.S.d. § 264d HGB zu werten und unterliegt somit generell den Zusatzanforderungen des BTR 3.2. Der BTR 3.2. spezifiziert die besonderen Anforderungen hinsichtlich der Risikomanagement- und Controllingmaßnahmen für die kurzfristige Refinanzierung in Stresssituationen. Aufgrund der finanziellen Gesamtsituation mit der Struktur der weitgehenden Finanzierung über Eigenmittel trifft dieser Passus derzeit auf unser Unternehmen nicht zu.

IV. Operationelle Risiken

Definition der operationellen Risiken

Unter operationellen Risiken werden alle Gefahren verstanden, welche ein Institut an der Ausübung seiner normalen Geschäftstätigkeit hindern können. Diese Gefahren können zum einen intern induziert sein und ihre Ursache haben in Unzulänglichkeiten bzw. Versagen interner Verfahren und Prozesse, der handelnden Personen im Institut oder der eingesetzten Systeme. Zum anderen können diese Gefahren infolge externer Ereignisse auftreten. Diese differenzierte Sichtweise berücksichtigen wir auch bei der Überwachung und Beurteilung der operationellen Risiken für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Die sonstigen Risiken wie Geschäftsfeldrisiken, Strategische Risiken, Reputationsrisiken und Rechtsrisiken werden im Zuge der Risikoquantifizierung im Risikotragfähigkeitskonzept als Teil der operationellen Risiken einbezogen.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Die Auswirkungen operationeller Risiken auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes sind grundsätzlich schwer quantifizierbar. Das Ziel des Risikomanagements im operationellen Bereich ist neben der Risikoidentifikation und -analyse die Vermeidung

operationeller Risiken oder zumindest die Minderung der Schäden, die durch den Eintritt operationeller Risiken auftreten. Die hierfür nötigen Risikobegrenzungsmaßnahmen sollten unter Kosten-/Nutzenaspekten jedoch sachgerecht sein.

Identifikation und Überwachung der operationellen Risiken

a) Externe Perspektive

Die Abwicklung von Handelsgeschäften erfolgt bei HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Das Outsourcing des Systembetriebs sowie Teilen des Rechnungs- und Meldewesens wird über einen Partner mit langjähriger Expertise und hohem Verlässlichkeitsgrad realisiert. Die Auslagerung der hochtechnisiert durchgeführten Geld- und Stückerbuchhaltung stellt überdies sicher, dass die Positionsführungsdaten ständig von dritter Seite überprüft werden. Das Risiko, auf falschen Bestandsangaben aufzusetzen, wird durch diese Auslagerung reduziert.

b) Interne Perspektive

Zur Durchführung des bestehenden Handelsgeschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG über eine adäquate Infrastruktur. Dies umfasst sowohl die zum Handel und dessen Überwachung erforderlichen technischen Systeme als auch die notwendige Dokumentation der Prozesse.

Zur Durchführung des Geschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG über gut ausgebildete Mitarbeiterkapazitäten. Vor dem Hintergrund evtl. Erweiterungen der Geschäftsfelder bzw. der Einführung zusätzlicher Produkte, bzw. dem Start entsprechender Projektaktivitäten ist – je nach Komplexität der einzelnen Produkte – zusätzliches Fachwissen erforderlich.

- Die disziplinierte Einhaltung der vorgegebenen Regelungen soll alle wesentlichen operationellen Risiken minimieren. Sollten sich darüber hinaus dennoch wesentliche operationelle Risiken verwirklichen (Eintritt eines bedeutenden Schadensfalls oder Hinweise auf einen bevorstehenden Schadenseintritt), so sind die entsprechenden Ursachen situationsabhängig und unverzüglich zu analysieren. Ziel dieser Ursachenanalyse muss dabei sein, effektive Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen, welche eine Wiederholung des Schadenereignisses entweder ausschließen, unwahrscheinlicher machen oder die Schadenshöhe begrenzen. Diese Maßnahmen sind in der Folge zeitnah durch entsprechende Prozesse und Regelungen zu institutionalisieren.

Operationelle Risiken sind nie ganz auszuschließen, können in allen Bereichen jederzeit auftreten und bedürfen einer kontinuierlichen Identifizierung und Überwachung.

Das Ausscheiden von Schlüsselmitarbeitern kann zu einem überproportionalen Anstieg operationeller Risiken führen.

Bemessung und Eigenmittelunterlegung der operationellen Risiken

SCHNIGGE ermittelt die Anrechnungsbeträge für das operationelle Risiko nach dem so genannten Basisindikatoransatz gemäß §270 SolV.

C. Wesentlichkeitsanalyse

Die Definition einer mit der Geschäftsstrategie im Einklang stehenden Risikostrategie hat zum Ziel, dass die wesentlichen Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG frühzeitig und vollständig erfasst sowie angemessen dargestellt werden sollen. Dabei geht die Aufsicht davon aus, dass grundsätzlich für alle deutschen Institute, für welche die MaRisk Anwendung findet,

- Adressenausfallrisiken (einschließlich Länderrisiken)
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken sowie
- operationelle Risiken

wesentliche Risikoarten darstellen.

Auf Basis des Gesamtrisikoprofils hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für die Einzelrisiken eine Wesentlichkeitsanalyse nach den Kriterien Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt durchgeführt.

Liquiditätsrisiken setzen sich zusammen aus dem Refinanzierungsrisiko und dem Liquiditätsrisiko i.e.S. Da die Refinanzierung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank vorwiegend auf Eigenmitteln basiert, kann das Risiko nicht verfügbarer Refinanzierungsquellen als nicht wesentlich angesehen werden. Die Positionen der Aktivseite weisen in Relation zu den Verbindlichkeiten eine hohe Fungibilität und damit Liquidität auf. Die Liquiditätssituation wird auf Tagesbasis überwacht. Negative operative Trends und Tendenzen, die zu einer Verschlechterung der Liquiditätssituation führen könnten werden somit frühzeitig erkannt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG stuft Liquiditätsrisiken damit als nicht wesentlich ein und verzichtet auf die Einbeziehung in die Risikotragfähigkeit.

Die dargestellte Wesentlichkeitseinschätzung der Liquiditätsrisiken ist eine Zeitpunktbetrachtung und muss daher regelmäßig überprüft werden. Aufgrund kurzfristiger Änderungen in den Marktbedingungen oder anderer Faktoren kann sich diese Einschätzung jederzeit als nicht mehr zutreffend erweisen. Die regelmäßige Überprüfung der Wesentlichkeitsanalyse sowie eine ggf. unterjährige Anpassung liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung.

Zusammengefasst definiert die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank aktuell folgende Risiken als Wesentlich:

- Adressenausfallrisiken, die im Zuge der Quantifizierung und Aggregation in der RTF implizit in den Marktpreisrisiken enthalten sind
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken

D. Risikokonzentration und -korrelation

Innerhalb der wesentlichen Risiken hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG derzeit drei Risikokonzentrationen identifiziert. Dabei handelt es sich um ein strategisches sowie zwei operationelle Risiken. Was die Korrelation der Risikokategorien untereinander angeht, hat sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank

für einen sehr konservativen Ansatz entschieden und geht von einer Korrelation von 1 aus.

I. Geschäftsfeld Skontroführung/Spezialistentätigkeit

Die operativen Erträge der Gesellschaft werden im Wesentlichen über die Funktion als Skontroführer/Spezialist an den Börsen erwirtschaftet. Diesbezüglich besteht eine Abhängigkeit der Zuteilung bzw. der Prolongation der Eigenschaft als Skontroführer/Spezialist in den einzelnen Gattungen bzw. generell.

II. Servicer Abhängigkeit

Bezüglich der Handelssysteme inkl. Bestandsverwaltung arbeitet die Gesellschaft bereits seit Jahren mit einem externen Anbieter zusammen. Es handelt sich um einen in diesem Segment etablierten Anbieter. Auftretende Probleme bei diesen Systemen könnten aufgrund der Komplexität nicht kurzfristig über einen anderen Anbieter ausgeglichen werden. Auftretende Probleme könnten einen negativen Einfluss auf die Stellung als Skontroführer/Spezialist haben. Im schlimmsten Fall den Entzug der Eigenschaft als Skontroführer/Spezialist.

Unser Handelssystem wird unseren Anforderungen nach kontinuierlich aktualisiert.

III. Depotbank

SCHNIGGE hat als einzigen Geschäftspartner für die Wertpapierdienstleistungen (Depotbank und Abwicklung) die HSBC Trinkhaus & Burkhardt AG (im folgenden TuB). Hieraus entsteht ein Konzentrationsrisiko, da bei einem möglichen Wegfall von TuB zum einen ein neuer Anbieter gefunden werden muss und zum anderen da die TuB den Großteil der liquiden Mittel und kurzfristigen Vermögenswerte von SCHNIGGE hält. Der Vorstand ist sich dieser Risikokonzentration bewusst, hat jedoch in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat entschieden, dieses Risiko zu akzeptieren. Die TuB verfügt über eine erstklassige Bonität, die regelmäßig durch den Vorstand auf Basis öffentlich zugänglicher Informationen überprüft wird.

E. Risikotragfähigkeitskonzept

I. Regulatorischer Rahmen

Die Anforderungen von Basel II Säule I&II werden in Deutschland konkretisiert durch die Solvabilitätsverordnung (SolV) – Säule I – und die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) – Säule II. Dabei regelt die SolV die Mindestkapitalanforderungen, die MaRisk schreiben die Implementierung einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor. Die BaFin hat in ihrem Papier „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ die Anforderungen an die Steuerungskreisläufe zur Wahrung der Risikotragfähigkeit weiter konkretisiert.

Solvabilitätsverordnung § 2 ff

§ 2 SolV besagt: „Ein Institut verfügt über angemessene Eigenmittel, wenn es täglich zum Geschäftsschluss sowohl die Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken und das operationelle Risiko nach Absatz 2 als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken nach Absatz 3 erfüllt.“

In Ergänzung hierzu stellt § 4 SolV klar, welche Adressrisiko- und Marktrisikopositionen anrechnungspflichtig, also mit Eigenmitteln bzw. Eigenkapital zu unterlegen sind. Die Pflicht zur Eigenmittelunterlegung besteht für die Gesellschaft gemäß § 269, 270 SolV gleichfalls für die operationellen Risiken der Gesellschaft.

Die vorgenannten anrechnungspflichtigen Risiken müssen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fortlaufend quantifiziert werden, um zuverlässig beurteilen zu können, ob die Eigenmittelausstattung in Relation zu den Risiken ausreichend ist.

MaRisk – AT 4.1

Abweichend zu den Anforderungen der Ermittlung beziehungsweise Einhaltung der Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung (SolV) und der Liquiditätsverordnung („LiqV“) die für das Geschäftsmodell der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG nur bedingt Aussagekraft haben, wurde in Anlehnung an AT 4.1 der MaRisk und das Papier „Aufsichtliche Anforderungen bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ die folgende Risikotragfähigkeitsbetrachtung definiert. Die folgende Betrachtung orientiert sich stärker am tatsächlichen Geschäftsmodell und berücksichtigt demnach auch nur solche Risiken, die seitens der Geschäftsführung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als wesentlich definiert wurden.

Grundsätzlich existieren zwei Betrachtungsweisen für die Risikotragfähigkeit eines Instituts: (a) der Liquidationsansatz und (b) der Going Concern Ansatz. Zudem wird klar zwischen bilanzorientierten und wertorientierten Ableitungen des Risikodeckungspotentials unterschieden. SCHNIGGE verfolgt den Going Concern sowie den bilanzorientierten Ansatz, wobei der Risikoappetit die Grenze definiert, bis zu der die Gesellschaft bereit ist, unterjährige Verluste zu akzeptieren, bevor die Fortführung der Geschäfte bei SCHNIGGE grundsätzlich in Frage gestellt wird. Darüber hinaus kann die Einhaltung der Eigenkapitalkennziffer aufgrund des Geschäftsmodells insofern sichergestellt werden, als dass die Handelspositionen und damit die risikogewichteten Aktiva innerhalb weniger Tage zurückgeführt werden können.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit erfolgt jährlich, die Ergebnisse werden im Zuge der Risikoberichterstattung dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

II. Risikoquantifizierung

Zur Bewertung der Gesamtrisikoposition hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG die folgenden Bewertungsansätze für die wesentlichen Risiken gewählt:

Marktpreisrisiko

Die Marktpreisrisiken werden täglich auf Basis des Gesamtbestandes des Handelsbuches über eine Schnittstelle zu Bloomberg als VaR ermittelt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist sich der Tatsache bewusst, dass die im Zuge der Risikotragfähigkeitsermittlung verwendeten Zeitskalen für das Risikokapital auf der einen (Betrachtungshorizont \geq 12 Monate) und dem Risiko (VaR zum Betrachtungszeitraum $<$ 12 Monate) nicht kongruent sind. Theoretisch müsste der VaR entsprechend auf den gleichen Betrachtungshorizont wie das Risikokapital skaliert

werden. Eine gängige Praxis ist in diesem Rahmen eine Multiplikation mit der Wurzel aus der Anzahl an Handelstagen in einem Jahr. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG weicht von dieser Vorgehensweise ab. Das vom Aufsichtsrat genehmigte Risikokapital gibt die Verlustobergrenze auf Jahresbasis vor. Das Geschäftsmodell der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG impliziert eine maximale Haltedauer der Positionen von durchschnittlich 5-10 Tagen, wobei die Positionen zum Ende des Handelstages jeweils geschlossen werden können. Auf dieser Basis wird auch das Risiko ermittelt. Damit ergibt sich, dass die kumulierten unterjährigen Verluste das Risikokapital nicht übersteigen dürfen. Dieses Vorgehen ist für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG der sachdienlichere Weg und einer mathematischen Lösung (Neuskalierung des VaR) vorzuziehen.

Zudem hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für ihr Handelsgeschäft die Verwendung von Stopp Loss/Verlustlimits eingeführt, so dass bei Realisierung eines Verlustes in der entsprechenden Höhe die betroffenen Positionen glattgestellt werden. Falls dieses Ereignis mehrfach auftritt, wird die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG entsprechend gegensteuern. Im Rahmen der Berechnung zur Risikotragfähigkeit erscheint es der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG daher als angemessen, diese unterjährig realisierten Verluste gemäß des oben definierten Ansatzes zu kumulieren und nicht auf der Zeitachse zu skalieren.

Ein Backtesting der verwendeten VaR Kalkulationsmethodik erfolgt dahingehend, dass fortlaufend die tatsächlichen Verluste (P&L Zahlen) den ermittelten VaR Berechnungen gegenübergestellt werden. Diese Überprüfung/Plausibilisierung erfolgt im Tagesgeschäft im großen Gesamtbild durch den Marktfolgevorstand. Auf Portfolioebene bzw. auf jeden einzelnen Handelsbestand bezogen ist dies aufgrund der wechselnden Positionsführung nicht möglich.

Operationelles Risiko

Zur Bewertung der operationellen Risiken bedient sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG des Basis Indikator Ansatzes gem. SolV.

Adressenausfallrisiken

Da Adressenausfallrisiken grundsätzlich nur im Bereich der Kontrahenten- und Emittentenrisiken auftreten, kann von einer gesonderten Bewertung abgesehen werden. Die Adressenausfallrisiken sind somit implizit in den Marktpreisrisiken enthalten.

Die im Rahmen der Adressenausfallrisiken zu fassenden Erfüllungsrisiken (Settlementrisiken) für alle außerbörslich abgeschlossenen Transaktionen (OTC) sieht die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als nicht wesentlich an, da die Anzahl sowie der Umfang dieser Geschäfte lediglich einen sehr geringen Teil des Gesamtgeschäfts darstellt. Eine Quantifizierung, Überwachung sowie ein Reporting wird seitens der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG daher als nicht explizit erforderlich erachtet, sondern geschieht im Zuge der Einbindung der Geschäftsleitung ins tägliche Handelsgeschäft.

Risikogesamtposition

Die Risikogesamtposition der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit ergibt sich somit als Summe aus Marktpreis- und operationellen Risiken. Diese wird den um die Immateriellen Anlagewerte verringerten Eigenmitteln, die sich aus dem gezeichnetem Kapital, der Kapitalrücklage, der gesetzlichen Rücklage, dem Bilanzgewinn nach Ausschüttung, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB zusammensetzen, gegenübergestellt. Dabei ist zu beachten, dass der Pflichtteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB nur zum Ausgleich der Marktpreisrisiken verwendet werden darf.

Der in absoluten Zahlen berechnete VaR darf nicht den Wert übersteigen, der sich aus dem Betrag der Eigenmittel nach SolV abzüglich TEUR 73 (Mindestkapital nach § 33 KWG) und abzüglich der bereits für die übrigen Risikoarten allokierten Eigenmittel ergibt.

Nachfolgend haben wir die gemäß SolV quantifizierten Risikowerte je Risikokategorie zuzüglich des VaR-Wertes für den Handelsbestand dargestellt:

	31.12.11	31.12.10
	TEUR	TEUR
Marktpreisrisiken		
Aktienrisiken	734	323
Zinsrisiken	2.729	1.569
Währungsrisiken	27	14
	3.490	1.906
VaR des Handelsbestands	130	148
Adressenausfallrisiken	60	99
Operationelles Risiko (Basisindikatoransatz) vor Feststellung Zahlen 31.12.2011	1.001	1.013
Gesamtrisiko nach SolV:	4.551	3.018
Gesamtrisiko (VaR + Adressenausfallrisiko, Op-Risiko nach SolV)	1.191	1.260
Risikodeckungsmasse vor Feststellung Zahlen 31.12.2011:	5.806	6.523
Auslastung der Risikodeckungsmasse nach SolV:	78,4%	46,3%
Auslastung der Risikodeckungsmasse mit VaR:	20,5%	19,3%

III. Stresstesting

In Anlehnung an die Anforderungen des AT 4.3.2 der MaRisk berücksichtigt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Stressszenarien im Zuge der Ermittlung der Risikotragfähigkeit dahingehend, dass die ermittelte Einzelrisikoposition jeweils um einen Stressfaktor je Szenario bei den Marktpreisrisiken (derzeit 1,62 und 2,24) und bei den operationellen Risiken (derzeit 1,25 und 1,5) ansteigen. Die Risikotragfähigkeit ist somit solange gegeben, wie in keinem der Szenarien die Risikogesamtposition die allozierten Eigenmittel übersteigt. Zudem ist die Erfüllung der Mindestkapitalanforderungen auch beim Eintreffen aller Risiken sicherzustellen, damit das Fortbestehen des Instituts gewährleistet werden kann (Going Concern Ansatz).

Die Multiplikatoren für die operationellen Risiken leiten sich aus einem Schaden in der Vergangenheit von 1,5 Mio. Euro ab. Dabei werden die operationellen Risiken auf die 1,5 Mio. Euro hochskaliert. Für die Stressszenarien wird der Maximalbetrag verwendet, der sich aus den gestressten operationellen Risiken und 1,25 Mio. Euro (Stressszenario) bzw. 1,5 Mio. EUR (Worst Case Szenario) ergibt. Für das Stresstesting des Marktpreisrisikos werden die Multiplikatoren aus der Haltedauer von einem Tag (Normal-szenario) bis fünf Tage (Worst Case Szenario) bestimmt. Es ergibt sich ein Skalierungsfaktor von 2,24 für 5 Tage. Im Stressszenario wird mit dem durchschnittlichen Multiplikator von 1,62 gerechnet.

Die in AT 4.3.3 geforderten inversen Stresstests, also die Ermittlung der Szenarien die zur Insolvenz eines Institutes führen, wurden seitens des Vorstands diskutiert. Der Vorstand hält eine solche Betrachtung aufgrund des Geschäftsmodells und dem sich daraus ergebenden Gesamtrisikoprofil für nicht relevant. Da SCHNIGGE risikobehaftete Aktiva nur sehr kurzfristig hält (im Schnitt 1-5 Tage) und die Gesamtpositionen im Wesentlichen im Intraday-Handel glattgestellt werden können, wäre der Fall eines Totalverlustes nur bei einem kompletten Versagen der Märkte theoretisch möglich. Eine solche Betrachtung erachtet der Vorstand als nicht aussagekräftig und daher irrelevant für SCHNIGGE. Ein Stresstesting für die bestehenden Handelsbestände wird über das System Bloomberg unter bestimmten Annahmen durchgeführt.

Der Vorstand bewertet die Liquiditätsrisiken, wie in **Abschnitt 3. Wesentlichkeitsanalyse** dargestellt, als nicht wesentlich. Demnach sieht SCHNIGGE auch davon ab, die Anforderungen des BTR 3.1 Tz. 6 im Zuge des Stresstesting zu betrachten. Siehe hierzu auch vorherigen Abschnitt zu Inversen Stresstests.

Normalszenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15%
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9% VaR aller Handelspositionen auf Tagesbasis

Stressszenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15% x 1,25
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9% VaR aller Handelspositionen auf Tagesbasis x 1,62

Worst Case Szenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15% x 1,5
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9% VaR aller Handelspositionen auf Tagesbasis x 2,24

IV. Eigenmittelallokation

Zur Herstellung einer angemessenen Eigenmittelsituation und damit der Risikotragfähigkeit hält der Vorstand die nachfolgend dargestellte Eigenmittelunterlegung je Szenario für die einzelnen Risikoarten für angebracht, wobei die Eigenmittelform im Sinne von § 10 Abs. 2 KWG (haftendes Eigenkapital und Drittrangmittel) zu Grunde gelegt wird.

Risikoappetit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank definiert ihren Risikoappetit je Szenario in Relation zu den Gesamteigenmitteln über Prozentsätze. Folgende Werte wurden festgelegt:

- Normal 30%
- Stress 40%
- Worst Case 50%

Die Aufteilung des jeweiligen Risikoappetits je Risikokategorie wurde wie folgt definiert:

- 60 % sind für die operationellen Risiken vorgesehen
- 40 % sind für die Marktpreisrisiken (inkl. Adressenausfall) vorgesehen

Solange es bei der Einzelbetrachtung der operationellen Risiken bzw. Marktpreisrisiken zu Überschreitungen kommt, erfolgt als Eskalationsstufe eine Abstimmung der weiteren Vorgehensweise sowie umzusetzender Maßnahmen mit dem Aufsichtsrat als zuständigem Überwachungsorgan.

F. Gültigkeit Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung

Die Risikostrategie ist bis auf Weiteres gültig. Anpassungen bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Vorstands.

Bei unterjährigen Verlusten erfolgt erst bei Überschreitung eines Betrages von TEUR 1.000 eine Anpassung der allokierten Beträge. Dies ist auch vor dem Hintergrund des als eher gering einzustufenden - nach dem Basisindikatoransatz ermittelten - operationellen Risikos zu sehen.

6. AKTIENRECHTLICHE ANGABEN

A. Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder

Vergütung des Vorstands

Der Vorstand erhält für seine Tätigkeit eine feste monatliche Grundvergütung sowie einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt. Wird der Firmenwagen nicht in Anspruch genommen, wird der Gegenwert vergütet. Der Vorstand erhält darüber hinaus eine variable Vergütung (Tantieme), die vom Aufsichtsrat festgelegt wird.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Sitzungsgelder vergütet. Diese betragen für den Vorsitzenden EUR 1.500, den stellvertretenden Vorsitzenden EUR 1.125 und die weiteren Mitglieder EUR 750 pro Sitzung.

Auslagen werden gegen Nachweis erstattet.

B. Erklärung über die Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ist auf unserer Internetseite unter folgendem Link veröffentlicht: <http://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>

C. Angaben zur Kapitalstruktur - Übernahmerelevante Informationen

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital beträgt EUR 2.801.785,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.801.785 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Alle Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 133 und 174.

Beteiligungen am Grundkapital der SCHNIGGE

Wertpapierhandelsbank AG

Großaktionär der Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2007 die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt, welche zum Bilanzstichtag 91 % der Stückaktien hielt. Die sonstigen Anteile befinden sich in Streubesitz.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über / Satzungsänderungen

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands verweisen wir auf die §§ 84, 85 AktG und hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung auf §§ 133, 179 AktG.

Die Satzung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bestimmt Folgendes:

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung

nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse aufstellt, außer der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von ¾ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Informationen zu den Befugnissen des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, sind im Anhang des Jahresabschlusses unter dem Punkt „Eigenkapital“ aufgeführt.

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 zu einer Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2009) ermächtigt. Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes zu entscheiden.

Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechtes ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- bzw. Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits aufgrund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat keine wesentlichen Vereinbarungen getroffen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen. Auch wurden den Mitgliedern des Vorstands und Arbeitnehmern keine Entschädigungen im Falle eines Übernahmeangebots zugestanden.

7. BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Das einzige Vermögensverwaltungsmandat der Gesellschaft wurde zum März 2012 gekündigt.

8. AUSBLICK

Wir erwarten für das Gesamtjahr 2012 weiterhin ein volatiles Marktumfeld, welches im Wesentlichen von drei Einflussfaktoren geprägt sein sollte. Einerseits ist der Markt davon abhängig, dass das Niedrigzinsniveau und damit die Politik der hohen Liquidität durch die EZB weiter bestehen. Andererseits werden Nachrichten um die Schuldensituation verschiedener, nicht nur europäischer Länder kursbeeinflussend wirken und abschließend muss sich die derzeit gute Ergebnislage der Unternehmen auch in 2012 beweisen.

9. CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN

Entgegen der allseitigen Hoffnungen sind die Auswirkungen der neuen „Spezialistentätigkeit“, der ehemaligen Skontrofführung in Frankfurt, seit Mai 2011 sowohl in Bezug auf Ertrag wie Umsatztätigkeit grundsätzlich negativ. Die rückläufige Umsatzentwicklung und die zukünftigen technischen sowie kapazitätsmäßigen Anforderungen der Deutsche Börse AG werden aller Voraussicht nach zu einer weiteren Konsolidierung innerhalb der Spezialisten führen. Die Auswirkungen für unser Unternehmen können noch nicht abschließend eingeschätzt werden. Primat unseres Handelns und zukünftiger Entscheidungen ist die mittelfristige betriebswirtschaftliche mindestens kostendeckende Beibehaltung der Spezialistentätigkeit.

Die Gesellschaft wird das ihrerseits Notwendige dazu beitragen, durch Investitionen in erforderliche Technik, geeignete Mitarbeiter und das Einhalten vorgegebener Qualitätsrichtlinien, die Eignung als Skontrofführer/Spezialist an den verschiedenen Handelsplätzen nachzuweisen.

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt für die Ertrags- und Geschäftslage der Gesellschaft gleichermaßen Chancen wie Risiken. Auf der einen Seite kann dies zu einem Verdrängungswettbewerb unter den Börsenplätzen führen und damit die bestehenden Erträge schmälern. Auf der anderen Seite ist das Marktsegment noch so jung, dass ein breites und kräftiges Marktwachstum möglich erscheint, von dem alle Handelsplätze profitieren.

Hinsichtlich der zu erwartenden Sonderumlagezahlungen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen wegen des Entschädigungsfalles Phoenix bestehen weiterhin Unwägbarkeiten über den tatsächlichen Zeitpunkt und die Höhe künftiger Sonderbeiträge. Diese könnten mittelfristig auch höher als die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen von 0,8 Mio. Euro sein und damit das Ergebnis auch zukünftig belasten.

Nachdem im Rahmen einer Sonderprüfung des eingestellten Geschäftsbereiches „Gamma Trading“ in 2008 Versäumnisse des Vorstands festgestellt worden sind, hat der Aufsichtsrat die seinerzeit amtierenden Vorstände wegen Verletzung ihrer Vorstandspflichten in Anspruch genommen. Gleichzeitig wurde die Inanspruchnahme in 2008 der von der Gesellschaft

abgeschlossenen D&O Versicherung angezeigt. Der Vorgang konnte außergerichtlich nicht beigelegt werden, die Gesellschaft hat daraufhin Klage eingereicht. In der ersten Instanz wurde die Klage in 2011 abschlägig beschieden. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat die Berufung gegen dieses Urteil und damit der Gang in die nächste Instanz beschlossen. Die Berufung wurde angenommen.

A. Erfolgs- und Risikofaktoren

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist im Wesentlichen im Handel von Wertpapieren tätig. Daher hängt auch die Ertragslage vor allem von der Verfassung der Wertpapiermärkte ab.

Faktoren, die die Wertpapiermärkte beeinflussen sowie die jeweiligen Chancen und Risiken, die auf die Ertragslage Auswirkungen haben können, sind - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - nachstehend aufgeführt.

I) Kursentwicklung deutscher und internationaler Wertpapiermärkte

Neben den kursbeeinflussenden emittentenspezifischen Entwicklungen können externe Faktoren wie Zins - und/oder Währungsentwicklungen auch die Wertpapiermärkte beeinflussen.

Die deutsche Wirtschaft ist sehr exportorientiert. Interne und externe Faktoren, die Auswirkungen auf die internationalen Währungsrelationen, insbesondere auf den Eurokurs haben, schlagen sich direkt und indirekt in den Unternehmensergebnissen nieder, was wiederum Auswirkungen auf die Börsenkurse sowie die Umsatztätigkeit an den Börsen hat. Ein gegenüber dem US-Dollar steigender Euro ist grundsätzlich schlecht für die auf US-Dollarbasis fakturierende Exportwirtschaft und kann sich kursbelastend auswirken, ein gegenüber dem US-Dollar fallender Euro dagegen erhöht prinzipiell die Einnahmen der US-Dollarbasis fakturierenden Exportindustrie. Ebenso spielt die Zinsentwicklung und die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft eine große Rolle. Je niedriger die Zinsen sind, umso attraktiver ist ein Investment in Aktien, so dass die Aktienkurse grundsätzlich in solchen Phasen steigen. Sollten dagegen die Zinsen steigen, wird die Anlage in schwankungsintensiveren und damit risikoreicheren Aktien unattraktiver und die Aktienmärkte könnten fallen. Darüber hinaus haben liquiditätsabschöpfende Zinserhöhungen negativen Einfluss auf die zur Anlage in Aktien zur Verfügung stehende Geldmenge, wie die langjährige Korrelationsbetrachtung von Geldmenge zu Aktienkursentwicklung ergibt.

Von uns eingeschätzte steigende Kurse gegenüber dem Jahresende 2010 haben sich in der Vergangenheit als eine gute Basis für einen ertragreichen Handel gezeigt. Dies führt aber nicht automatisch zu höheren Ergebnissen, da immer entscheidend ist, ob wir aufgrund unserer Vielzahl an Wertpapierpositionen in der jeweiligen Phase der Bestandsführung - Long- bzw. Shortbestände - von steigenden oder fallenden Kursen profitieren.

Stagnierende Kursentwicklung führt in unserem Geschäftsmodell üblicherweise zu langsam zurückgehenden Erträgen, fallende Kurse dagegen belasten zumeist die Erträge bis hin zu Verlusten.

II) Umsatzhöhe des Wertpapierhandels vor allem an deutschen aber auch internationalen Börsen

Für die Vermittlung von Wertpapieren erhält die Gesellschaft eine Vermittlungsgebühr (Courtage oder ähnliche Vergütungen). Je höher die Umsatztätigkeit an den Börsen ist, umso höher ist voraussichtlich der Courtageträger, sofern die Gesellschaft auch mit dem Handel der Wertpapiere beauftragt wurde. Umsatzrückgänge führen in der Regel zu Einschnitten bei den Courtageträgern bis hin zu einem negativen Ergebnis aufgrund anfallender Transaktionskosten. Von uns eingeschätzte höhere Umsätze wiederum führen nicht zwangsläufig zu linear höheren Courtageprovisionen, da der Wettbewerb in den letzten Jahren bereits zu immer geringeren Courtagesätzen geführt hat und die weitere Entwicklung diesbezüglich abzuwarten ist.

III) Direkte oder indirekte gesetzliche Einflussfaktoren wie die MiFID, die durch die Best-Ex-Policy der verschiedenen ordergebenden Banken orderleitenden Charakter hat und sich damit unmittelbar auf die Umsatztätigkeit an einzelnen Börsen auswirkt

Regulatorische Anforderungen können bei entsprechender Umsetzung dazu führen, dass Orderströme zu einzelnen Börsen hin und von anderen Börsen weg führen. Ergeben sich Umstände, die Orders an Börsen leiten lassen, an denen die Gesellschaft als Skontrofführer/Spezialist tätig ist, so führt dies voraussichtlich zu höheren Einnahmen. Falls Orders durch solche Maßnahmen jedoch von Börsen abgezogen werden, an deren die Gesellschaft als Skontrofführer/Spezialist tätig ist, so verringern sich dadurch die Einnahmen.

Auch können Anforderungen bzw. Beitragsbescheide der Einlagensicherung für den Entschädigungsfall Phoenix das Ergebnis be- oder entlasten.

IV) Systematische und regulatorische Änderungen des Börsenhandels, z.B. der Wechsel des Skontrofführungsmodells zu einem Spezialistenmodell an der Frankfurter Wertpapierbörse oder aber auch Zusammenschlüsse/Fusionen von Börsen.

Änderungen in der Handelssystematik - z.B. durch Wegfall von Courtage, Einführung oder Verschärfung von Stillhalteverpflichtungen des Maklers/Spezialisten, Einführung neuer Systeme z.B. durch Fusion von Börsen - können positive wie negative Auswirkungen auf die Ertragslage haben.

V) Art und Umfang der der Gesellschaft durch verschiedene Börsen zugeleitete Wertpapiere in der Skontrofführung/Spezialistenbetreuung

Die Börsen teilen in der Regel einem Skontrofführer/Spezialisten die zur Kursfeststellung überlassenen Wertpapiere zu. Hinsichtlich der Anzahl der zur Kursfeststellung beauftragten Papiere aber auch hinsichtlich der Umsatzqualität gibt es hierbei jedoch große Unterschiede. Verliert die Gesellschaft derzeitige wesentliche Umsatzträger, so hat dies negative Folgen für den Ertrag. Gewinnt die Gesellschaft dagegen neue umsatzträchtige Papiere, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, zusätzliche Erträge zu generieren.

VI) Art, Umfang und Tendenz der eigenen Positionsführung

Ein nicht unwesentlicher Teil der Erträge wird durch das Erwirtschaften von Kursdifferenzen erzielt. Hierbei werden Positionen z.B. im Rahmen der Skontrofführung/Spezialistentätigkeit mit dem Ziel eingegangen, sie entweder höher zu verkaufen (Longpositionen) oder billiger einzudecken (Shortpositionen). Eine entgegen der Tendenz laufende Positionierung führt zu Verlusten, Positionen, die dem Trend korrekt folgen, erwirtschaften dagegen Gewinne. Keine Positionierung bedeuten weder Risiken aber auch keine Ertragschancen.

VII) Volatilität (Schwankungsstärke) der Kursentwicklung, ausgelöst durch nicht vorhersagbare Ereignisse/Krisen wie jüngst die Bankenkrise oder die Atomkatastrophe in Japan

Die Volatilität eines Marktes hat maßgeblichen Anteil am Ertrag - je schwankungsintensiver die Märkte sind, umso höher sind u.a. die Umsätze und es besteht eher die Wahrscheinlichkeit, in den zur Erzielung von Kursgewinnen gehaltenen Positionen Erträge zu erzielen. Je weniger Bewegung in den Märkten ist, umso niedriger werden die Umsätze und umso weniger besteht die Wahrscheinlichkeit in den gehaltenen Positionen Erträge erzielen zu können.

B. Prognose

Vor dem Hintergrund der geschilderten Marktgegebenheiten gibt der Vorstand die folgende Prognose ab:

Unter der Erwartung einer fortgesetzten Niedrigzinspolitik, die auch leichte Zinserhöhungen verkraften könnte, einer auf dem aktuellen Niveau von ca. 1,30 bis 1,35 USD/EUR gehaltenen Euro/Dollar Relation, einem weiteren liquiditätsgetriebenen Anstieg des DAX bis auf 7.500 Punkte, leicht verbesserter Umsatztätigkeit an den deutschen Börsen und bei den von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG betreuten Titeln, einer gleichbleibenden Art und Anzahl von betreuten Wertpapieren, Wegfall der Courtage und Wechsel zum Spezialistenmodell an der Börse Frankfurt, gleichbleibender Positionsführung mit fortgesetzt gutem Treffen der Markttendenz, einer Volatilität ohne externe Ereignisse wie Krisen, Naturkatastrophen etc. , fortgesetzter Nutzung bestehender Handelssysteme, Verlust der MiFID-Best-Execution Voreinstellung verschiedener Banken für die an der Börse Düsseldorf betreuten Aktien sowie keiner zusätzlichen Belastung durch EdW Sonderumlagen, geht der Vorstand von einem positiven zu erwirtschafteten Ergebnis, ähnlich dem des Jahres 2011, für das Geschäftsjahr 2012 aus. Bei weiterhin gleich

bleibenden Rahmenbedingungen glauben wir dies auch in 2013 erwirtschaften zu können.

Für den Fall, dass einzelne oder alle Bestandteile der Annahmen nicht wie erwartet eintreten, kann das Ergebnis negativ von der Prognose abweichen.

In unserem Geschäftsmodell ist es schlichtweg nicht möglich, aufgrund der Annahme von einzelnen externen Faktoren, die zudem untereinander in Wechselwirkungen stehen, mathematisch ein belastbares Jahresergebnis zu prognostizieren.

10. SCHLUSSEKKLÄRUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTS

Der Vorstand erklärt, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Gesellschaft ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.

Düsseldorf, den 23. April 2012

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke

>> JAHRESABSCHLUSS 2011

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2011 BIS 31.12.2011

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011



BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

Aktivseite	Stand am 31.12.2011 EUR	Stand am 31.12.2010 EUR
1. Barreserve Kassenbestand	374,62	359,67
2. Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig	1.091.953,92	5.287.036,47
3. Forderungen an Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 5.009,31 (i. V. EUR 2.559,54)	17.412,81	48.897,05
4. Handelsbestand	12.961.949,17	7.272.383,83
5. Treuhandvermögen	17.454,29	314.062,75
6. Immaterielle Anlagewerte	609.651,07	853.813,00
7. Sachanlagen	197.737,00	252.762,00
8. Sonstige Vermögensgegenstände	269.239,09	80.422,92
9. Rechnungsabgrenzungsposten	61.491,92	57.824,69
	15.227.263,89	14.167.562,38

Passivseite	Stand am 31.12.2011 EUR	Stand am 31.12.2010 EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten täglich fällig	3.455.021,96	106.486,16
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 5.248,55 (i. V. EUR 1.065,69)	59.477,18	100.828,95
3. Handelsbestand	2.010.682,25	2.976.865,90
4. Treuhandverbindlichkeiten	17.454,29	314.062,75
5. Sonstige Verbindlichkeiten	368.945,98	373.709,11
6. Rückstellungen a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	202.747,00	193.213,00
b) Steuerrückstellungen	0,00	55.111,33
c) andere Rückstellungen	1.852.594,34	2.071.994,96
	2.055.341,34	2.320.319,29
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	0,00	1.000.000,00
8. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB EUR 819.909,44 (i. V. EUR 483.909,44)	2.270.000,00	1.705.000,00
9. Eigenkapital a) gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital EUR 1.400.892,00)	2.801.785,00	2.801.785,00
b) Kapitalrücklage	2.121.072,00	2.121.072,00
c) Gewinnrücklage ca) gesetzliche Rücklage	66.328,91	66.328,91
d) Bilanzgewinn	1.154,98	281.104,31
	4.990.340,89	5.270.290,22
	15.227.263,89	14.167.562,38

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2011 BIS 31.12.2011

	2 0 1 1 EUR	2 0 1 0 EUR
1. Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	24.437,35	1.408,00
2. Zinsaufwendungen	56.504,51 -32.067,16	91.004,76 -89.596,76
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	70.186,54	73.205,00
4. Provisionserträge davon: Courtageerträge EUR 2.308.805,48 (i. V. EUR 2.904.778,06)	3.386.801,09	3.615.069,52
5. Provisionsaufwendungen davon: Courtageaufwendungen EUR 99.308,76 (i. V. EUR 200.566,44)	338.087,97 3.048.713,12	506.217,54 3.108.851,98
6. Nettoertrag des Handelsbestands a) Ertrag des Handelsbestands davon: aa) Wertpapiere ab) Futures ac) Optionen ad) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften b) Aufwand des Handelsbestands davon: ba) Wertpapiere bb) Futures bc) Optionen bd) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	9.929.688,58 77.209,34 21.159,10 12.213.848,56 22.241.905,58 10.422.106,43 220.774,97 25.671,29 8.218.466,78 18.887.019,47	5.660.556,79 395.214,34 0,00 13.786.688,03 19.842.459,16 6.475.225,07 412.755,95 646,00 8.115.034,87 15.003.661,89
7. Sonstige betriebliche Erträge	251.513,95	188.945,50
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen a) Personalaufwand aa) Löhne und Gehälter ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 186,00 (i. V. EUR 13.073,00) b) andere Verwaltungsaufwendungen	3.065.635,59 383.559,00 2.369.120,18 5.818.314,77	2.978.324,44 352.638,25 2.533.698,83 5.864.661,52
Übertrag	874.917,79	2.255.541,47

	2 0 1 1 EUR	2 0 1 0 EUR
Übertrag	874.917,79	2.255.541,47
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	387.113,26	457.544,05
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.890,62	37.807,05
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Zuführung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft	62.716,64	64.968,62
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	158.000,00	48.120,00
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	565.000,00	1.345.000,00
14. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.197,27	398.341,75
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	59.553,00
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	501,10	71.021,43
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 10 ausgewiesen	2.467,00	1.932,00
18. Jahresüberschuss	229,17	265.835,32
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	925,81	15.268,99
20. Bilanzgewinn	1.154,98	281.104,31

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Geschäftsjahr 2011 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften sowie Eigenhandelszwecken getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h i. V. m. § 256a HGB.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Aufgrund von Kompensationsvereinbarungen werden Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten teilweise verrechnet.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und gemäß § 340e (3) HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert.

Die Bewertung des Handelsbestands erfolgt nach den folgenden Grundsätzen:

Besteht für ein Finanzinstrument ein aktiver Markt, so entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich ein Marktpreis ermitteln lässt, wird der beizulegende Zeitwert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder nach § 255 Abs. 4 Satz 1 HGB (Marktwert auf einem aktiven Markt) noch nach § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB (Anwendung einer allgemein anerkannten Bewertungsmethode bei nicht aktivem Markt) ermitteln, werden die Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 4 HGB fortgeführt (§ 255 Abs. 4 Satz 3 HGB). Dabei gilt der zuletzt anhand eines Marktwerts auf einem aktiven Markt oder anhand eines allgemein anerkannten

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

Bewertungsverfahren ermittelte beizulegende Zeitwert als Anschaffungskosten.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die entgeltlich erworbenen Marktanteile für die Spezialistenfunktion für Titel des regulierten Marktes werden linear über eine Laufzeit von vier Jahren abgeschrieben. Die Marktanteile für die Spezialistenfunktion im Freiverkehr unterliegen einer linearen Abschreibung von zehn Jahren. Im Übrigen erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Für vor dem 1. Januar 2010 erworbene abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit je 20 % aufgelöst wird.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag nach Bestimmungen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB unter Berücksichtigung eines Abzinsungssatzes von 5,14 % angesetzt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck und die Projected Unit Credit Method (PUC).

Der Rententrend wurde mit 2,0 % p.a. berücksichtigt. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen wurde kein Gehaltstrend angesetzt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden gebildet für ungewisse Verbindlichkeiten, für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie in Form einer Aufwandsrückstellung für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, für den Entschädigungsfall Phoenix, die gemäß Art. 67 Abs. 3 EGHGB beibehalten wurde.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet.

In der Bilanz ist gemäß § 340e Abs. 4 HGB dem Sonderposten „**Fonds für allgemeine Bankrisiken**“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dotiert und dort gesondert

auszuweisen. Dieser Posten darf nur aufgelöst werden zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands oder soweit er 50 vom Hundert des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt. Der Ausweis der Dotierung des Postens erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2011 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft unter folgendem Link veröffentlicht:

<http://www.schnigge.de/investor-relations/corporate-governance.html>

C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. BILANZ

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die **Forderungen an Kunden** haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Fremdwährung

Zum Bilanzstichtag betrug der Währungsbestand in US-Dollar TEUR 17.

3. Handelsbestand

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

Handelsbestand (Aktiva)	Buchwert TEUR	davon	
		börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	882	882	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12.080	12.004	76
	12.962	12.886	76

Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere der Handelsaktiva enthalten nachrangige Genussrechte in Höhe von TEUR 611.

Handelsbestand (Passiva)	Buchwert TEUR	davon	
		börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Lieferverpflichtungen:			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	92	92	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.919	1.919	0
	2.011	2.011	0

Die Wertpapiere des Handelsbestandes wurden gemäß § 340e HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Auf das gesamte Netto-Portfolio wurde ein Risikoabschlag (Value-at-Risk) ermittelt und bilanziert.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ermittelt den Value-at-Risk des Portfolios mit einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Der Beobachtungszeitraum beträgt drei Jahre.

Der Risikoabschlag zum 31.12.2011 beträgt TEUR 76.

4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten			Stand am 31.12.2011	Abschreibungen		Buchwert Stand am 31.12.2011
	Stand am 1.1.2011	Zugänge	Abgänge		2011	kumuliert	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte	1.927	0	0	1.927	279	1.352	575
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Anlagewerte	0	35	0	35	0	0	35
Sachanlagen	1.438	53	4	1.487	108	1.290	197
	3.365	88	4	3.449	387	2.642	807

Die Gesellschaft besitzt keine eigenen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 198 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

5. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Verträgen zur Anlage von vermögenswirksamen Leistungen (VL) wurde eingestellt. Mit Wirkung zum 30. November bzw. 31. Dezember 2011 wurde den VL-Sparern die Einstellung der VL-Dienstleistung mitgeteilt. Die von den VL-Sparern auf ein Treuhandkonto bei der Commerzbank AG Spremberg eingezahlten Sparbeiträge wurden größtenteils bereits an die VL-Sparer bzw. deren Arbeitgeber zurückgezahlt.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 269 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 152 Körperschaftsteuer-rückforderungen sowie Forderungen gegenüber Mitarbeiter in Höhe von TEUR 92.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 369 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 273 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, davon TEUR 19 Verbindlichkeiten gegenüber einem verbundenen Unternehmen, sowie mit TEUR 63 Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohn- und Kirchensteuer.

8. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.853 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 817 auf Beiträge (davon TEUR 811 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix), mit TEUR 566 auf Boni und Tantiemen, mit TEUR 200 auf Umstrukturierungskosten sowie mit TEUR 113 auf Urlaubsansprüche.

9. Nachrangige Verbindlichkeiten

In dem Darlehensvertrag vom 26. Mai 2008 mit der Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg, wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 1.000 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht. Das Nachrangdarlehen wurde mit 8,0 % p.a. verzinst.

Die Aufwendungen für das nachrangige Darlehen in Höhe von TEUR 26 sind als Zinsaufwendungen verbucht.

Das Darlehen wurde im April 2011 in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter Auflagen zurückgeführt.

10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr 2011 wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken TEUR 565 zugeführt. Darin ist ein Zuführungsbetrag nach § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von TEUR 336 enthalten.

11. Eigenkapital

Grundkapital

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag unverändert zusammen aus 2.801.785 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung in 2008 erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB), sowie mit

EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Die Kapitalrücklage beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert EUR 2.121.072,00.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert EUR 66.328,91.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Der Vorstand wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, bis zum 23. Juni 2014 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.400.892,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.892 neuen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009). Den Aktionären ist das Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur in bestimmten Fällen zulässig.

Bedingtes Kapital

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 7.000.000,00 mit Wandlungsrecht oder mit in Optionscheinen verbrieften Optionsrechten auf bis zu 1.400.892 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu EUR 1.400.892,00 und einer Laufzeit von längstens 20 Jahren nach näherer Maßgabe der Options- und/oder Wandelanleihebedingungen auszugeben (Schuldverschreibungen).

Die Ausgabe der Schuldverschreibungen kann auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, für von Konzerngesellschaften (d. h. hundertprozentige unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaften der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG) ausgegebene Schuldverschreibungen die erforderlichen Garantien zu übernehmen und zur Erfüllung der mit diesen Schuldverschreibungen eingeräumten Wandlungs- oder Optionsrechte auf den

Inhaber lautende Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu gewähren.

Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Juni 2014. Die Schuldverschreibungen können einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilen begeben werden. Die einzelnen Teilschuldverschreibungen sind mit unter sich jeweils gleichrangigen Rechten und Pflichten versehen.

12. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, hat mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihre Stimmrechte an unserer Gesellschaft am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 25 %, 30 %, 50 %, 75 % überschritten haben und 81,17 % betragen.

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten. Zum 31. Dezember 2011 beträgt der Anteil der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, an unserer Gesellschaft 91,0 %.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stammen aus Wertpapieren des Handelsbestands.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 114 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, mit TEUR 69 Kostenerstattungen sowie mit TEUR 67 Erträge aus der Pkw-Nutzung.

3. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 115 periodenfremde Erträge. Sie betreffen mit TEUR 114 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen periodenfremden Aufwendungen in Höhe von TEUR 10 betreffen Kostenerstattungen für Vorjahre.

Unter den erstatteten und gezahlten Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1 enthalten.

4. Aufzinsung von Rückstellungen

Die Zinsaufwendungen betreffen in Höhe von EUR 9.348,00 (Vj. EUR 0,00) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

5. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare*) für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	57
b) Andere Bestätigungsleistungen	TEUR	12
c) Sonstige Leistungen	TEUR	1

Folgende Honorare*) nach § 285 Nr. 17 HGB sind für den Abschlussprüfer des Vorjahres im Geschäftsjahr 2011 angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	13
b) Andere Bestätigungsleistungen	TEUR	4

D. Sonstige Angaben**1. Haftungsverhältnisse**

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutsche Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.050 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonten, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

3. Eigenkapitalpiegel

in EURO	Gezeichnetes Kapital	Kapital-Eigenkapital	gesetzliche Gewinnrücklage	Bilanzgewinn	Eigenkapital
31.12.2010	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	281.104,31	5.270.290,22
Ausschüttung in 2011				-280.178,50	-280.178,50
Jahresüberschuss 2011				229,17	229,17
31.12.2011	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	1.154,98	4.990.340,89

6. Latente Steuern

Unter Berücksichtigung aller Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz beim Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, dem Handelsbestand, den Pensionsrückstellungen, der teildotierten Aufwandsrückstellung sowie steuerlicher Verlustvorträge und der Gegenüberstellung der daraus resultierenden aktiven und passiven latenten Steuern besteht ein aktiver Überhang. Der für die Bewertung zu Grunde gelegter Steuersatz beträgt 29,8 %. Von einer Aktivierung des aktiven latenten Steuerüberhangs wurde aufgrund eines bestehenden Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 HGB abgesehen.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 1.121. Sie gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:

Laufzeit bis 1 Jahr	TEUR	33
Laufzeit über 1 bis 5 Jahre	TEUR	1.088
Gesamt	TEUR	1.121

4. Kapitalflussrechnung

	2011 EUR	2010 EUR
1.) +/- Periodenergebnis	229,17	265.835,32
2.) +/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen sowie auf Sachanlagen	449.829,90	457.544,05
3.) +/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	-264.977,95	258.968,44
4.) -/+ Gewinn/Verlust aus Abgang Anlagevermögen	-443,69	3.812,05
5.) -/+ Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-113.009,40	32.541,52
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeit aus laufender Geschäftstätigkeit	71.628,03	1.018.701,38
6.) -/+ Zunahme/Abnahme Forderungen gegenüber Kreditinstitute	4.300.082,55	-1.380.559,93
7.) -/+ Zunahme/Abnahme Forderungen gegenüber Kunden	-31.232,40	17.779,22
8.) -/+ Zunahme/Abnahme Handelsbestand	-6.655.748,99	-415.946,53
9.) -/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-192.483,40	6.548,25
10.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.348.535,80	99.139,29
11.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-41.351,77	26.786,31
12.) +/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	560.236,87	1.326.369,76
13.) + Erhaltene Zinsen und Dividenden	72.312,86	74.502,69
14.) - Gezahlte Zinsen	-33.112,08	-89.707,28
15.) +/- Ertragsteuerzahlungen	-31.191,38	-17.336,93
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.367.676,09	666.276,23
16.) Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	443,69	100,50
17.) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-87.926,33	-106.162,05
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-87.482,64	-106.061,55
18.) Dividendenzahlungen	-280.178,50	-560.357,00
19.) Sonstige Auszahlungen	-1.000.000,00	0,00
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.280.178,50	-560.357,00
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	14,95	-142,32
Finanzmittelfonds am 01.01.2011	359,67	501,99
Finanzmittelfonds am 31.12.2011	374,62	359,67

*) zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer

5. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Nr. 19 HGB).

6. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Vorstand, (Vorsitzender), Pregassona/Schweiz

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

- VERITAS Investment GmbH, Frankfurt/M.
- LRI Invest S.A. Luxemburg/Luxemburg

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates:

- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.
- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Wedel
- BVAG Berliner Versicherung Aktiengesellschaft, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrates:

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding I S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding IV S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding V S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg

Mitglied des Beirates:

- Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
- EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender), Königstein

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Wedel
- cash.life AG, Pullach
- BVAG Berliner Versicherung Aktiengesellschaft, Berlin

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- LRI Invest S.A., Luxemburg/Luxemburg
- VERITAS Investment GmbH, Frankfurt/M.

Mitglied des Aufsichtsrates

- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding II S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding III S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg/Luxemburg

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- ACM AG, Aachen
- ComS.I.T. AG, Zolling
- Incam AG, Meerbusch

Mitglied des Aufsichtsrates

- KEP AG, Bad Soden

Beirat

- Victoria Beratungs GmbH, Frankfurt/M.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse an die Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft:

Florian Weber, Bankkaufmann, Krefeld (Vorsitzender)
Martin Liedtke, Bankkaufmann/-betriebswirt, Rosbach

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2011 TEUR 22. Weiterhin wurden den Aufsichtsratsmitglieder Auslagen in Höhe von TEUR 1 erstattet.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2011 betragen TEUR 555, davon entfielen auf Herrn Florian Weber TEUR 294 (davon TEUR 273 erfolgsunabhängige und TEUR 21 erfolgsabhängige Komponenten) und Herrn Martin Liedtke TEUR 261 (davon TEUR 240 erfolgsunabhängige Bezüge und TEUR 21 erfolgsabhängige Komponenten).

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von zwölf Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt.

7. Konzernzugehörigkeit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ein verbundenes Unternehmen innerhalb der Augur Capital-Gruppe. Die Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg, ist in Luxemburg von der Aufstellungspflicht für einen Konzernabschluss befreit.

8. Mitarbeiter

In 2011 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG - inklusive Vorstand - durchschnittlich 30 Mitarbeiter beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel*	24
Angestellte Verwaltung	4
	30
* davon Mitarbeiter/in in Teilzeit	2

Am Bilanzstichtag waren 30 Angestellte beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel*	24
Angestellte Verwaltung	4
	30
* davon Mitarbeiter/in in Teilzeit	2

9. Bilanzergebnis und Ergebnisverwendung

Das Bilanzergebnis hat sich wie folgt entwickelt:

Stand am 1.1.2011 (Bilanzgewinn)	EUR	281.104,31
Dividendenausschüttung 2011		-280.178,50
Jahresüberschuss 2011		229,17
Stand am 31.12.2011 (Bilanzgewinn)	EUR	1.154,98

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Düsseldorf, 23. April 2012

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke



>> BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handels- und aktienrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 23. April 2012

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Hans-Peter Möller Jürgen Krieg
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

>> CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Der Deutsche Corporate Governance Kodex bildet die Grundlage der wichtigen gesetzlichen Vorgaben zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält Richtlinien guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Grundlage der Arbeit von Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind eben diese Standards, um das Vertrauen der Aktionäre, Mitarbeiter und Kunden durch nachvollziehbare, transparente Aktivitäten und eine ordnungsgemäße Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Vorstand berichtet nachfolgend – auch für den Aufsichtsrat – über die Corporate Governance der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Dieser Bericht enthält die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB sowie den Vergütungsbericht nach Ziffern 4.2.5 und 5.4.6 Deutsche Corporate Governance Kodex zur Vergütungsstruktur des Unternehmens für Vorstand, Aufsichtsrat und Mitarbeiter.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289a HGB) beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken und die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfolgt dabei das Ziel, die Darstellung der Unternehmensführung übersichtlich und prägnant zu halten.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX IN DER FASSUNG VOM 26. MAI 2010

(<http://www.schnigge.de/investor-relations/corporate-governance.html>)

Aufsichtsrat und Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erklären gemäß § 161 AktG, den Empfehlungen des „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgenden Ausnahmen zu entsprechen:

1. Auf die Bereitstellung von Unterlagen zur Briefwahl wird verzichtet. Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass eine Bereitstellung aller für die Hauptversammlung erforderlichen Unterlagen auf der Internetseite der Gesellschaft ausreichend ist und aufgrund der Aktionärsstruktur auf die Erstellung von separaten Briefwahldokumenten verzichtet werden kann (Kodex Ziff. 2.3.1/2.3.3).
2. Für den Aufsichtsrat wurde vor dem 05.08.2009 (Inkrafttreten des VorstAG) (Kodex Ziff. 3.8) eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Diese beinhaltet für die Mitglieder des Aufsichtsrates keinen Selbstbehalt, da die Gesellschaft einen Selbstbehalt für Aufsichtsratsmitglieder insbesondere vor dem Hintergrund der Höhe der Aufsichtsratsvergütungen nicht für sachgerecht hält (Kodex Ziff. 3.8).

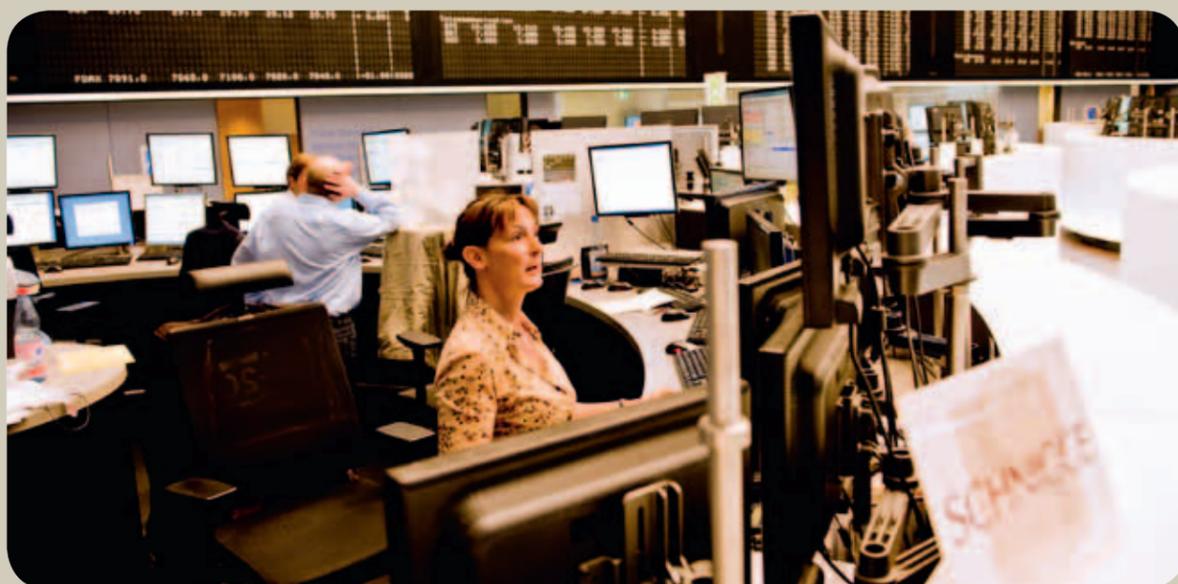
3. Eine Altersgrenze für Vorstände ist nicht festgelegt (Kodex Ziff. 5.1.2). Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der jeweiligen Bestellung berücksichtigt. Die grundsätzliche Festlegung einer bestimmten Altersgrenze wird seitens Aufsichtsrat und Vorstand nicht für sachgerecht erachtet.

4. Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziff. 5.3.1).

5. Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziff. 5.4.6). Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.

Düsseldorf, im Dezember 2011

Der Aufsichtsrat und der Vorstand



ANGABEN ZU ANGEWANDTEN UNTERNEHMENSFÜHRUNGSPRAKTIKEN

Vorstand und Aufsichtsrat sowie alle Mitarbeiter der Gesellschaft räumen der Corporate Governance einen hohen Stellenwert ein. Vor allem der Verpflichtung zur verantwortungsbewussten und langfristig ausgerichteten Unternehmensführung fühlen sich Vorstand und Aufsichtsrat verbunden. Der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken durch Sicherstellung eines angemessenen Risikomanagements und Risikocontrollings sowie die Einhaltung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nach Maßgabe der jährlichen Entsprechenserklärung gehören für den Vorstand zum Selbstverständnis seiner Tätigkeit. Unternehmensinterne Strukturen und Kontrollmechanismen werden laufend überprüft und möglichen Veränderungen angepasst.

ARBEITSWEISE DES VORSTANDS UND AUFSICHTSRATS

Wie im deutschen Aktiengesetz vorgeschrieben, besteht die duale Führungsstruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als börsennotierter Aktiengesellschaft aus Vorstand und Aufsichtsrat. Durch die personelle Trennung beider Organe können Vorstand und Aufsichtsrat ihren jeweiligen Tätigkeiten unabhängig voneinander nachkommen. Dem Vorstand obliegt die Steuerung der Gesellschaft, dem Aufsichtsrat die Überwachung des Vorstands.

Der Vorstandsvorsitzende Herr Florian Weber führt als Handelsvorstand im Wesentlichen das operative Geschäft; auch der Finanzvorstand Herr Martin Liedtke ist eng in die operativen Aktivitäten eingebunden und führt ebenfalls einen operativen Geschäftsbereich. Insbesondere obliegt dem Finanzvorstand jedoch neben Controlling und Rechnungslegung die Überwachung und Kontrolle der Abwicklung der Geschäftsabläufe.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands. Satzungsmäßig besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern, darüber hinaus wird die Zahl seiner Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Aufsichtsrat entscheidet, ob es einen Vorsitzenden geben soll, benennt diesen und beschließt, ob stellvertretende Mitglieder oder ein stellvertretender Vorsitzender bestellt werden sollen. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand, die einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte sowie einen Geschäftsverteilungsplan enthält. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats entscheidet, ob die Vorstandsmitglieder an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilnehmen sollen. Schließlich gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung.

Ein aus zwei Mitgliedern bestehender Vorstand hat sich bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bewährt: ein Vorsitzender und ein Finanzvorstand. Die Geschäftsverteilung zwischen beiden Mitgliedern ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teil, berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder. Die

Beschlussanträge werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zwei Wochen vor der Sitzung schriftlich mitgeteilt, eine ausführliche schriftliche Unterlage erhält der Aufsichtsrat eine Woche vor seiner Sitzung. Von der Möglichkeit, Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird verhältnismäßig selten und nur in Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erläutert jedes Jahr die Tätigkeit des Aufsichtsrats in seinem Bericht an die Aktionäre und in der Hauptversammlung. Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand bzw. tauscht sich über sonstige Kommunikationsmittel aus und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden mündlich und zeitnah schriftlich über aktuelle Entwicklungen. Ausschüsse zu einzelnen Themenbereichen werden auf Grund der Unternehmensgröße nicht gebildet.

Mitglieder des Aufsichtsrats

- Günther P. Skrzypek, Frankfurt (Vorsitzender)
- Dr. Thomas Schmitt, Frankfurt (stv. Vorsitzender)
- Dr. Jürgen Frodermann, Düsseldorf

AKTIONÄRE UND HAUPTVERSAMMLUNG

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr. Alle zur Entscheidungsbildung benötigten Unterlagen stehen den Aktionären rechtzeitig auch auf der Unternehmenshomepage zur Verfügung. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Verfügung gestellten Stimmrechtsvertreter ausüben und ihnen Weisungen erteilen. Im Anschluss an die Hauptversammlung werden den Aktionären sowohl die Rede des Vorstands als auch alle Abstimmungsergebnisse auf der Internetseite der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

ZUSAMMENWIRKEN UND ZUSAMMENSETZUNG VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG arbeiten eng zusammen. Sowohl in der Erklärung des Vorstands zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB, die den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft zusammen mit diesem Corporate Governance Bericht zur Verfügung steht, sowie im Aufsichtsratsbericht, der ebenfalls Bestandteil des Geschäftsberichtes ist (s. Seite 41), sind sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat näher auf die Praxis der Zusammenarbeit eingegangen.

Der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG besteht unverändert aus den beiden Mitgliedern Florian Weber (Vorsitzender des Vorstands) und Martin Liedtke (CFO, COO). Während Florian Weber für die Bereiche Handel, Sales, Skontroführung/Spezialistenmodell, Public und Investor Relations, Endkundengeschäft sowie Marketing verantwortlich zeichnet, ist Martin Liedtke

für Finanzen, Organisation, IT, Abwicklung und Kontrolle, Corporate Finance sowie Personal zuständig. Die Vorstandsmitglieder sind ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Mögliche Interessenkonflikte sind unverzüglich dem Aufsichtsrat mitzuteilen, dieses war im vergangenen Berichtsjahr nicht nötig.

Dem Aufsichtsrat gehören gemäß Satzung drei Mitglieder an. Nach eigener Einschätzung gehört dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern an. Über etwaige Interessenkonflikte berichtet der Aufsichtsrat der Hauptversammlung. Hierzu ist es im Geschäftsjahr 2011 nicht gekommen.

TRANSPARENZ

Der Anspruch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG an eine transparente Kommunikation beinhaltet bereits seit Jahren die unverzügliche Veröffentlichung aller relevanten Informationen auf der Internetseite des Unternehmens unter www.schnigge.de. Darunter fallen neben sämtlichen Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen auch die Finanzberichte und Unternehmenspräsentationen. Der Finanzkalender informiert über die regelmäßigen Veröffentlichungstermine sowie über anstehende Kapitalmarktvents. Nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sind unter anderem die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von SCHNIGGE-Aktien offenzulegen. SCHNIGGE veröffentlicht diese Directors' Dealings unverzüglich auf der Unternehmenshomepage unter der Rubrik Investor Relations/Corporate Governance. Zurzeit besitzt kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Ebenfalls ist die Gesellschaft verpflichtet, Aktienoptionsprogramme detailliert darzulegen. Bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG existieren zurzeit keine Bonusprogramme dieser Art.

Die Vergütungsstrukturen des Vorstands und des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft in einem separaten Vergütungsbericht näher erläutert. Dieser ist nachfolgend als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes zu finden.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss sowie der Abschluss zum 30.6. werden auf Grundlage des HGB erstellt. Der Abschluss des Gesamtjahres wird vom Vorstand aufgestellt und vom Aufsichtsrat geprüft, ebenso wie die Quartals- und Halbjahresfinanzberichte. Der Aufsichtsrat schlägt den Abschlussprüfer vor, der von der Hauptversammlung gewählt wird. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 wurde die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart von der Hauptversammlung gewählt. Zuvor erklärte der Wirtschaftsprüfer vor dem Aufsichtsrat seine Unabhängigkeit. Der Aufsichtsrat erteilte den Prüfungsauftrag und legte die Prüfungsschwerpunkte und das Prüfungshonorar fest.

VERGÜTUNGSBERICHT

Stand: März 2012

Der Vergütungsbericht gibt einen Überblick über die Strukturen der Vorstands-, Aufsichtsrats- und Mitarbeitervergütung.

Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat berät im Plenum über Vorschläge zur Vergütung des Vorstandes, zum Vergütungssystem und zu dessen regelmäßiger Überprüfung sowie über den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstandes. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden neben der wirtschaftlichen Situation der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG auch die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und der persönliche Beitrag am Erfolg der Gesellschaft. Daher setzt sich die Vergütung aus 3 Bestandteilen zusammen:

- Ein fixes Jahresgehalt, welches monatlich gezahlt wird und regelmäßig vom Aufsichtsrat auf seine Angemessenheit überprüft wird.
- Die ergebnisabhängige Tantieme, die als fester Prozentsatz des Jahreserfolges bestimmt ist. Die Nachhaltigkeit wird durch eine jährliche Teilauszahlung in Höhe von 60% der Tantieme aus dem Bonuspool gewährleistet. Die verbleibenden 40% werden in dem bestehenden Bonuspool vorgetragen. Bei einem negativen Jahreserfolg reduziert sich der Bonuspool entsprechend.
- Sonstige Vergütungsbestandteile bestehen in der Bereitstellung eines Firmenwagens der oberen Mittelklasse, der auch privat genutzt werden kann (bei Nichtnutzung eines PKW erfolgt ein adäquater finanzieller Ausgleich), sowie der Bereitstellung eines Telefons inklusive Internetzugang bzw. eines BlackBerrys, welches ebenfalls privat genutzt werden kann. Pensionszusagen für Vorstandsmitglieder existieren nicht. Vorstandsmitglieder erhalten keine Kredite.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütungen vom 31. Juli 2009 sind die Dienstverträge der beiden Vorstandsmitglieder neu gefasst und angepasst worden. Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausele unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 12 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt. Im Falle einer Übernahme bestehen keine sogenannten „Change of Control“-Klauseln.

Gesamtbezüge des Vorstands

in TEUR	Gehalt	Jahresbonus	Sonstiges	Gesamt
2010	494	132* ¹	13	639
2011	499	42* ¹	14	555

*¹ Es handelt sich hierbei nicht um Auszahlungs- sondern Aufwandsbeträge

Vergütung der Mitarbeiter

Die Mitarbeiter einschließlich des Vorstandes der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erhalten eine fixe Vergütung, die monatlich gezahlt wird. Zusätzlich gewährt das Unternehmen den Mitarbeitern eine leistungsbezogene variable Vergütung, die sich je nach Jahresergebnis auch auf Null reduzieren kann. Durch die variable Vergütung schafft die Gesellschaft Anreize zur gemeinsamen Erreichung der gesetzten Unternehmensziele. In 2011 wurden feste Bezüge in Höhe von 2,575 Mio. Euro, sowie variable Vergütungen in Höhe von TEUR 492*² gezahlt. Die ausbezahlten variablen Vergütungen verteilen sich auf 17 begünstigte Mitarbeiter.

*² Die Auszahlung der variablen Vergütung des Vorstandes erfolgt gestaffelt in den Folgejahren.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsvergütung wird gemäß § 8 Abs. 6 der Satzung von der Hauptversammlung festgelegt. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 8. Februar 2005 wurde der Verwaltungsvorschlag, die Vergütung des Aufsichtsrats auf fixe Sitzungsgelder festzulegen, angenommen. Vorstand und Aufsichtsrat sind der Auffassung, dass ein erfolgsunabhängiges Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats zu gewährleisten. Die Vergütungen werden pro Sitzung berechnet und einmal jährlich gezahlt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält 1.500,00 Euro, der stellvertretende Vorsitzende 1.125,00 Euro und alle anderen Mitglieder erhalten 750,00 Euro.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats

in TEUR	Feste Vergütung gesamt
2010	24
2011	22

Sämtliche Auslagen, die im Zusammenhang mit der Aufsichtsratsstätigkeit anfallen, sowie die auf die Bezüge anfallende Umsatzsteuer werden den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten ebenfalls keine Kredite.

>> BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung, Deutschen Corporate Governance Kodex und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Neben regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen, hat er sich vom Vorstand laufend über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Entwicklung der Finanzkennzahlen berichten lassen und die Arbeit des Vorstandes überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hierüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. Zustimmungspflichtige Geschäfte wurden vom Vorstand ausführlich und vollständig vorgestellt und der Aufsichtsrat hat diese nach eingehender Beratung und Prüfung freigegeben. In Entscheidungsprozessen von wesentlicher Bedeutung für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG war der Aufsichtsrat stets eingebunden. Angesichts der Tatsache, dass der Aufsichtsrat aus drei Personen besteht, wurde auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Die Geschäftsausrichtung mit dem strategischen Ziel, zusätzliche Erträge auch unabhängig von den Courtageerlösen zu generieren, die Neustrukturierung von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Intensiv wurde die Neuausrichtung des Aktienhandels nach dem Wegfall der Skontroführung an der Deutschen Börse in Frankfurt sowie die Ausweitung der Skontroführung im Bereich der Wertpapierfonds besprochen. Fortlaufend unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat zudem über die finanzielle Entwicklung sowie zur Risikosituation des Unternehmens. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung sowie die Entwicklung der Geschäftsbereiche im Einzelnen.

Im Berichtsjahr haben sieben Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkt der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildete die Stärkung und Stabilisierung der bestehenden Geschäftsfelder sowie die Erschließung neuer Ertragsquellen für das Unternehmen in vom Kerngeschäft unabhängigen Bereichen. Insbesondere der Bereich Corporate Finance konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter ausgebaut werden und durch die Entwicklung eines eigenen Zeichnungstools erweitert werden. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den einzelnen Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren.

Der Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2011 einschließlich des Lageberichtes der Gesellschaft sowie des Berichts des Vorstandes über Beziehungen zu anderen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) ist unter Einbeziehung der Buchführung durch die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Abschluss zum 31. Dezember 2011 einschließlich des Lageberichtes sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von Seiten des Aufsichtsrats sorgfältig geprüft. An den Beratungen des Aufsichtsrats hat entsprechend den gesetzlichen Vorschriften in der Sitzung vom heutigen Tage der Abschlussprüfer teilgenommen. Der Prüfer hat seinen Bericht eingehend erläutert und weiterführende Fragen des Aufsichtsrats ebenso zur Zufriedenheit beantwortet wie der Vorstand selbst.

Der Aufsichtsrat hat den vom Abschlussprüfer geprüften Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Der Jahresabschlussprüfer hat den Abhängigkeitsbericht mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Bestätigungsvermerk lautet im Wortlaut:

„Einwendungen im Sinne von § 313 Abs. 4 AktG sind nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gegen den Bericht des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nicht zu erheben. Wir erteilen daher dem Bericht des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2011 gemäß Anlage 1 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 313 Abs. 3 AktG:

Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstandes im Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 Abs. 3 AktG und gegen die Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Jahresabschlussprüfer.

Zum Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer hat der Aufsichtsrat keine Ergänzungen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss per 31. Dezember 2011 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes an, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2011 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 25. April 2012

Günther P. Skrzypek
Vorsitzender des Aufsichtsrats



>> INVESTOR RELATIONS

Ansprechpartner

Nina Stilling
Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861 - 41
Fax ++49 (0) 211 13861 - 49

E-Mail nstilling@schnigge.de
contact@schnigge.de

Termine

27.6.2012 Hauptversammlung im Industrie-Club e. V., Düsseldorf

Weitere Informationen

erhalten Sie schnell und aktuell über die Homepage
www.schnigge.de

- Aktienkurs
- Geschäftsberichte und Zwischenberichte
- Ad-hoc- und Pressemeldungen





SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-44

E-Mail contact@schnigge.de